Verkaufsprospekt

Ausgabe August 2015

SUNARES

Name des Teilfonds: SUNARES – Sustainable Natural Resources

Teilfondswährung:

SUNARES – Sustainable Natural Resources: EUR

Wertpapierkenn-Nr.:

SUNARES – Sustainable Natural Resources: A0ND6Y

ISIN:

SUNARES – Sustainable Natural Resources: LU0344810915

Datum der ersten Netto-Inventarbewertung: 04.03.2008

Transaktionsgebühren:

max. 0,20 % bei Aktien auf den ausmachenden Betrag
max. 0,10 % bei fest- und variabelverzinslichen Wertpapieren
auf den Nominalwert oder den möglicherweise höheren
Kurswert
max. 0,05 % bei Investmentfonds

Erstausgabepreis:

SUNARES – Sustainable Natural Resources: EUR 100,-

Verkaufsprovision:

SUNARES – Sustainable Natural Resources: max. 5 %

Depotbankvergütung:

SUNARES – Sustainable Natural Resources: max. 0,10 % p.a.

Ertragsverwendung:

SUNARES – Sustainable Natural Resources: ausschüttend

Verwaltungsvergütung:

SUNARES – Sustainable Natural Resources: max. 1,85 % p.a.
zahlbar monatlich nachträglich auf das durchschnittliche Netto-Teilfondsvermögen zzgl. EUR 3.000,- p.a. ab der
zweiten Anteilsklasse

Anlageschwerpunkt:

SUNARES – Sustainable Natural Resources: Anlage in Aktien von Unternehmen, die sich primär mit den
Elementen Erde und Wasser beschäftigen. Zu den Branchenschwerpunkten zählen Wasser-, Agrar- und
Forstwirtschaft, Beverages & Food, Energie, Alternativ-Energie, Rohstoffe und Edelmetalle

Ende des Geschäftsjahres:

SUNARES – Sustainable Natural Resources: 31. Januar

Performance (Wertentwicklung) der Teilfonds:

Eine Übersicht wird der wesentlichen Anlegerinformation (Key Investor Information Document „KIIDs“) beigelegt.

Weitere ausführliche Informationen zu den betreffenden Teilfonds werden im Besonderen Teil des Verkaufsprospektes beschrieben.

Hinweise für Anleger mit Bezug zu den Vereinigten Staaten von Amerika:

Die Verwaltungsgesellschaft kann den Besitz von Aktien durch jede Person, die in den Vereinigten Staaten von Amerika („USA“) steuerpflichtig ist, einschränken oder verbieten. Als in den USA steuerpflichtige natürliche Personen werden beispielsweise diejenigen betrachtet, die

- a) in den USA oder einem ihrer Territorien bzw. Hoheitsgebiete geboren wurden,
- b) eingebürgerte Staatsangehörige sind (bzw. Green Card Holder),
- c) im Ausland als Kind eines Staatsangehörigen der USA geboren wurden,
- d) ohne Staatsangehöriger der USA zu sein, sich überwiegend in den USA aufhalten oder
- e) mit einem Staatsangehörigen der USA verheiratet sind.

Als in den USA steuerpflichtige juristische Personen werden beispielsweise betrachtet:

- a) Gesellschaften und Kapitalgesellschaften, die unter den Gesetzen eines der 50 US-Bundesstaaten oder des Columbia District gegründet wurden,
- b) eine Gesellschaft oder Personengesellschaft, die unter einem Act of Congress gegründet wurde oder
- c) ein Pensionsfonds („pension fund“), der als US-Trust gegründet wurde.

SUNARES (Société d'Investissement à Capital Variable)

SUNARES ist eine Investmentgesellschaft (im Folgenden „Gesellschaft“ oder „Fonds“ genannt) mit variablem Kapital, die am 14. Februar 2008 als Société d'Investissement à Capital Variable („SICAV“) gegründet wurde. Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes über Handelsgesellschaften vom 10. August 1915 als Société d'Investissement à Capital Variable („SICAV“).

Das Vermögen der einzelnen Teilfonds wird überwiegend investiert in Aktien, verzinslichen Wertpapieren (fest- und variabelverzinsliche Schuldverschreibungen inkl. Nullkuponanleihen), Wandelschuldverschreibungen, Genuss- und Partizipationsscheinen, Zertifikate sowie sonstige gesetzlich zulässige Vermögenswerte. Auf eine Investition des Fondsvermögens in Derivate jedweder Art wird verzichtet.

SUNARES – Sustainable Natural Resources:

Es wird angestrebt Aktien von Unternehmen mit Bezug zu den Elementen Erde und Wasser zu erwerben (Yin-Prinzip). Branchenschwerpunkte sind hier insbesondere Wasser-, Agrar- und Forstwirtschaft, Nahrungsmittel, Energie, Alternative Energien, Rohstoffe und Edelmetalle.

Der Kauf von Anteilen der Gesellschaft erfolgt auf der Basis dieses Prospektes ergänzt durch den jeweiligen letzten geprüften Jahresbericht zum vorherigen 31. Januar und zusätzlich durch den jeweiligen ungeprüften Halbjahresbericht zum vorherigen 31. Juli, falls ein solcher jüngeren Datums als der letzte Jahresbericht vorliegt.

Inhaltsverzeichnis	Seite
ALLGEMEINER TEIL DES VERKAUFSPROSPEKTES	6
1. Die Gesellschaft	8
2. Die Depotbank und Zahlstelle.....	9
3. Verwaltungsgesellschaft, Fondsbuchhaltung, Portfoliomanagement und Anlageberatung	9
4. Anlagepolitik und Anlagegrenzen.....	11
5. Risikomanagement-Verfahren	20
6. Besteuerung des Fondsvermögens	20
7. Ausgabe von Anteilen.....	23
8. Beschränkungen der Ausgabe von Anteilen	23
9. Gesellschaftsanteile.....	23
10. Berechnung des Inventarwertes	24
11. Rücknahme und Umtausch von Anteilen.....	25
12. Market Timing	26
13. Anti Money Laundering.....	26
15. Aufwendungen und Kosten.....	27
16. Rechnungsjahr und Revision.....	29
17. Ertragsverwendung	29
18. Änderungen.....	30
19. Veröffentlichungen und allgemeine Informationen	30
20. Zusätzliche aufsichtsrechtliche Anforderungen	30
21. a) Dauer und Auflösung der Gesellschaft, b) Dauer und Auflösung der Teilfonds und c) Verschmelzungen	30
22. Verjährung	31
23. Anwendbares Recht, Gerichtsstand und Vertragssprache.....	31
24. Gesellschafterversammlungen	32
25. Investorenrechte	32
BESONDERER TEIL DES VERKAUFSPROSPEKTES	33
Zusätzliche Informationen für Anleger in der Bundesrepublik Deutschland	35

Andere als in diesem Verkaufsprospekt sowie in den im Verkaufsprospekt erwähnten Dokumenten enthaltene und der Öffentlichkeit zugängliche Auskünfte dürfen nicht erteilt werden. Jeder Kauf von Anteilen auf der Basis von Auskünften oder Erklärungen, welche nicht in diesem Verkaufsprospekt enthalten sind, erfolgt ausschließlich auf Risiko des Käufers.

Der Verkaufsprospekt wurde in zwei Teile gegliedert. Im „Allgemeinen Teil“ befinden sich Angaben und Beschreibungen, die sich auf alle Teilfonds und/oder die Gesellschaft insgesamt beziehen, wohingegen der „Besondere Teil“ spezifische Besonderheiten der betreffenden Teilfonds beschreibt. Der „Besondere Teil“ ist integraler Bestandteil des Verkaufsprospektes.

ALLGEMEINER TEIL DES VERKAUFSPROSPEKTES

zu der Gesellschaft SUNARES

SUNARES

26, Avenue de la Liberté, L-1930 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg

Verwaltungsrat:

Geschäftsführendes Verwaltungsratsmitglied:

Udo Sutterlüty
Geschäftsführer
Sutterlüty Investment Management
GmbH
Österreich

Ralf Funk
Verwaltungsratsmitglied und
Geschäftsleiter
VP Fund Solutions (Luxembourg)
SA
Luxemburg

Verwaltungsratsmitglieder:

Colin Moor
Geschäftsführer
Rometsch & Moor Ltd, London,
Großbritannien

Geschäftsleiter der Verwaltungsgesellschaft:

Eduard von Kymmel
Ralf Funk

Ralf Funk
Verwaltungsratsmitglied und
Geschäftsleiter
VP Fund Solutions (Luxembourg)
SA
Luxemburg

Verwaltungsgesellschaft, Register- und Transferstelle:

VP Fund Solutions (Luxembourg) SA
26, Avenue de la Liberté
L-1930 Luxemburg

Verwaltungsrat der Verwal- tungsgesellschaft:

Christoph Mauchle
Präsident des Verwaltungsrates
VP Fund Solutions (Luxembourg)
SA
Luxemburg

Romain Moebus
Vize-Präsident des
Verwaltungsrates,
VP Fund Solutions (Luxembourg)
SA
Luxemburg

Eduard von Kymmel
Verwaltungsratsmitglied und
Geschäftsleiter (CEO)
VP Fund Solutions (Luxembourg)
SA
Luxemburg

Depotbank:

VP Bank (Luxembourg) SA
26, Avenue de la Liberté
L-1930 Luxemburg
Großherzogtum Luxemburg

Portfoliomanager:

VP Fund Solutions (Liechtenstein)
AG
Aeulestrasse 6
FL-9490 Vaduz
Liechtenstein

Anlageberater:

Rometsch & Moor Ltd.
Lloyd's Building
One Lime Street
London
EC3M 7HA
Großbritannien

Sutterlüty Investment Management
GmbH
Hub 734
6863 Egg (Vorarlberg)
Österreich

Zahlstellen:

In Luxemburg:
VP Bank (Luxembourg) SA
26, Avenue de la Liberté
L-1930 Luxemburg
Großherzogtum Luxemburg

In Deutschland:
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG
Königsallee 21-23
D-40212 Düsseldorf
und deren Filialen in Deutschland

In Österreich:
Erste Bank der Österreichischen
Sparkassen AG
Graben 21
A-1010 Wien

In Liechtenstein:
VP Bank AG
Aeulestraße 6
FL-9490 Vaduz
Liechtenstein

In Großbritannien:
Global Funds Registration
7 Chertsey Road
Woking
Surrey
GU21 5AB
Großbritannien

Unabhängiger Wirtschaftsprüfer:

KPMG Audit S.à r.l.
Réviseur d'Entreprises
9, allée Scheffer
L-2520 Luxemburg
Großherzogtum Luxemburg

Rechtsberater der Gesellschaft:

Arendt & Medernach
14, rue Erasme
L-2082 Luxemburg
Großherzogtum Luxemburg

Exemplare des Verkaufsprospektes sind am eingetragenen Sitz der Verwaltungsgesellschaft, 26, Avenue de la Liberté, L-1930 Luxemburg erhältlich.

1. Die Gesellschaft

SUNARES ist eine Investmentgesellschaft (im Folgenden „Gesellschaft“ oder „Fonds“ genannt) mit variablem Kapital, die am 14. Februar 2008 als Société d'investissement à Capital Variable („SICAV“), gegründet wurde. Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes über Handelsgesellschaften vom 10. August 1915 als Société d'Investissement à Capital Variable („SICAV“).

Die Verkaufsunterlagen wurden mit Wirkung zum Februar 2012 dahingehend geändert, dass sie den Bestimmungen von Teil I des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen (das „Gesetz vom 17. Dezember 2010“) sowie die Anforderungen der geänderten Richtlinie 2009/65/EG des europäischen Parlamentes und des Rates vom 13. Juli 2009 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapiere („Richtlinie 2009/65/EG“) entsprechen.

Das Rechnungsjahr der Gesellschaft endet jeweils am 31. Januar.

Als unabhängiger Wirtschaftsprüfer des Fonds wurde KPMG Audit S.à r.l., Réviseur d'Entreprises in Luxemburg, bestimmt.

Die Gesellschaft ist ein so genannter „Umbrella“-Fonds, d.h. die Gesellschaft besteht aus einem oder mehreren Teilfonds im Sinne von Artikel 181 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010. Die Gesamtheit der Teilfonds ergibt die Gesellschaft (bzw. den „Umbrella“-Fonds). Die Gesellschaft ist weder zeitlich noch betragsmäßig begrenzt. Es können jederzeit neue Teilfonds aufgelegt und/oder ein oder mehrere bestehende Teilfonds aufgelöst oder zusammengelegt werden. Teilfonds können sowohl auf bestimmte als auch auf unbestimmte Zeit errichtet werden. Bei Auflage neuer Teilfonds wird der Verkaufsprospekt dementsprechend aktualisiert werden. Jeder Anleger ist an der Gesellschaft durch Beteiligung an einem Teilfonds beteiligt. Jeder Teilfonds gilt im Verhältnis der Anteilhaber untereinander als eigenständiges Sondervermögen. Die Rechte und Pflichten der Anteilhaber eines Teilfonds sind von denen der Anteilhaber der anderen Teilfonds getrennt. Die Nettoteilfondsvermögen werden sowohl einzeln als auch konsolidiert in den Finanzberichten dargestellt werden. Die Konsolidierung erfolgt in EUR. Im Verhältnis zu Dritten haftet jeder Teilfonds lediglich für solche Verbindlichkeiten, welche diesem betreffenden Teilfonds zuzuordnen sind.

Die Gesellschaft ist weder zeitlich noch betragsmäßig begrenzt.

Die Satzung der Gesellschaft ist in der derzeit gültigen Fassung im Mémorial veröffentlicht und beim Handels- und Firmenregister Luxemburg hinterlegt. Alle Änderungen der Satzung werden im Mémorial veröffentlicht und hinterlegt. Mit dem Anteilerwerb erkennt der Anteilhaber des Teilfonds die Satzung sowie dessen genehmigte hinterlegte Änderungen an. Die Gesellschaft ist beim Handels- und Firmenregister Luxemburg unter der Nummer B136745 eingetragen. Die letzte Änderung der Satzung der Gesellschaft erfolgte mit Datum 28. Februar 2014 und wird am 12. März 2014 im Mémorial veröffentlicht.

Das Gesellschaftskapital entspricht der Summe der Nettoaktiva des Fonds. Für Kapitalveränderungen sind die allgemeinen Vorschriften des Gesetzes von 1915 über die Veröffentlichung und Eintragung im Handelsregister hinsichtlich der Erhöhung und Herabsetzung von Aktienkapital nicht maßgebend.

Das Gesellschaftsmindestkapital entspricht dem Gegenwert von EUR 1.250.000,- und wird innerhalb von sechs Monaten nach Gründung der Gesellschaft erreicht. Das Gründungskapital der Gesellschaft betrug EUR 31.000,- und war eingeteilt in 310 Aktien ohne Nennwert. Sinkt das Gesellschaftskapital unter zwei Drittel des Mindestkapitals, so muss der Verwaltungsrat in der Gesellschafterversammlung die Auflösung der Gesellschaft beantragen; die Gesellschafterversammlung tagt dabei ohne Anwesenheitspflicht und beschließt mit einfacher Mehrheit der vertretenen Anteile. Gleiches gilt, wenn das Gesellschaftskapital unter ein Viertel des Mindestkapitals sinkt, wobei in diesem Fall die Auflösung der Gesellschaft durch ein Viertel der in der Gesellschafterversammlung vertretenen Anteile ausgesprochen werden kann.

2. Die Depotbank und Zahlstelle

Depotbank ist die VP Bank (Luxembourg) SA. Die Depotbank ist eine Aktiengesellschaft nach Luxemburger Recht mit Sitz in 26, Avenue de la Liberté, L-1930 Luxemburg.

Ihr wurde die Zulassung zur Ausübung von Bankgeschäften aller Art im Sinne des geänderten Gesetzes vom 5. April 1993 über den Finanzsektor erteilt. Die Depotbank ist mit der Verwahrung des Fondsvermögens beauftragt.

Die Funktionen der Depotbank richtet sich nach dem Gesetz vom 17. Dezember 2010, dem Depotbank- und Hauptzahlstellenvertrag, der Satzung sowie dem Verkaufsprospekt. Die Depotbank handelt im Interesse der Anteilhaber.

Die Depotbank kann die bei ihr verwahrten Fondsvermögenswerte ganz oder teilweise Wertpapiersammelstellen, Korrespondenzbanken oder sonstigen Dritten anvertrauen. Dies gilt insbesondere für Vermögenswerte, die an einer ausländischen Börse amtlich notiert sind oder an einem ausländischen Markt gehandelt werden, sowie für Werte, die zur Verwahrung im Rahmen eines ausländischen Clearingsystems zugelassen sind.

Ausländische Wertpapiere, die im Ausland angeschafft oder veräußert werden oder die die Gesellschaft von der Depotbank im Inland oder im Ausland verwahren lässt, unterliegen regelmäßig einer ausländischen Rechtsordnung. Rechte und Pflichten der Depotbank oder der Gesellschaft bestimmen sich daher nach dieser Rechtsordnung, die auch die Offenlegung des Namens des Anlegers vorsehen kann. Der Anleger sollte sich beim Kauf der Anteile der Gesellschaft bewusst sein, dass die Depotbank gegebenenfalls entsprechende Auskünfte an ausländische Stellen zu erteilen hat, weil sie gesetzlich und/oder aufsichtsrechtlich hierzu verpflichtet ist.

Sowohl die Depotbank als auch die Verwaltungsgesellschaft sind berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit im Einklang mit dem Depotbankvertrag zu kündigen. In diesem Fall wird die Verwaltungsgesellschaft alle Anstrengungen unternehmen, um innerhalb von zwei Monaten mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde eine andere Bank zur Depotbank zu bestellen; bis zur Bestellung einer neuen Depotbank wird die bisherige Depotbank zum Schutz der Interessen der Anteilhaber ihren Pflichten als Depotbank vollumfänglich nachkommen.

Die Depotbank ist ferner zur Hauptzahlstelle für die Gesellschaft ernannt worden, mit der Verpflichtung zur Auszahlung eventueller Ausschüttungen sowie des Rücknahmepreises auf zurückgegebene Fondsanteile und sonstigen Zahlungen.

3. Verwaltungsgesellschaft, Fondsbuchhaltung, Portfoliomanagement und Anlageberatung

Verwaltungsgesellschaft ist die VP Fund Solutions (Luxembourg) SA, eine Aktiengesellschaft nach Luxemburger Recht mit Sitz in 26, Avenue de la Liberté, L-1930 Luxemburg. Die VP Fund Solutions (Luxembourg) SA wurde am 28. Januar 1993 mit dem Namen De Maertelaere Luxembourg S.A. gegründet und ihre Satzung am 30. April 1993 im Mémorial veröffentlicht.

Die letzte Änderung der Satzung der VP Fund Solutions (Luxembourg) SA erfolgte mit Wirkung zum 03. August 2015. Im Rahmen dieser Satzungsänderung wurde die Firma der „VPB Finance S.A.“ geändert in „VP Fund Solutions (Luxembourg) SA“. Die Verwaltungsgesellschaft ist unter der Registernummer B 42828 eingetragen.

Das Eigenkapital der Verwaltungsgesellschaft belief sich zum 31. Dezember 2014 auf CHF 5.000.000,-.

Sie ist als Verwaltungsgesellschaft im Sinne von Kapitel 15 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 zugelassen.

Zweck der Gesellschaft ist die Auflegung und Verwaltung von Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren („OGAW“) im Sinne der Richtlinie 2009/65/EG und von anderen Organismen für gemeinsame Anlagen („OGA“).

Die Verwaltungsgesellschaft nimmt alle Aufgaben der laufenden Verwaltung für die Gesellschaft wahr.

Die Verwaltungsgesellschaft nimmt insbesondere die Aufgaben der Zentralverwaltung wahr und ist somit neben ihrer Funktion als Register- und Transferstelle auch für die Fondsbuchhaltung (inkl. Nettoinventarwertbuchung) sowie andere administrative Tätigkeiten zugunsten der Gesellschaft verantwortlich.

Die Verwaltungsgesellschaft kann einen Teil der Verwaltungsvergütung sowie ganz oder teilweise etwaige Ausgabeaufschläge an ihre Vertriebspartner in Form von Provisionszahlungen für deren Vermittlungsleistungen weitergeben. Die Höhe der Provisionszahlungen wird je nach Vertriebsweg in Abhängigkeit vom Bestand oder vom durchschnittlichen Bestand des vermittelten Fondsvolumens bemessen. Dabei kann ein wesentlicher Teil der Verwaltungsvergütung in Form von Provisionszahlungen an die Vertriebspartner der Verwaltungsgesellschaft weitergegeben werden. Zudem können aus Zielfondsinvestments ganz oder teilweise Bestandsprovisionen an die Depotbank, den Portfolio-Manager, die Verwaltungsgesellschaft bzw. die Vertriebsstellen fließen. Zusätzlich kann aus Zielfondsinvestments ein Anteil der jährlichen Verwaltungsvergütung dieser Fonds ganz oder teilweise als Rückvergütung an die Depotbank, den Investment Manager, die Verwaltungsgesellschaft bzw. die Vertriebsstellen fließen. Über die Verwaltungsvergütung hinaus können die Vertriebspartner von der Verwaltungsgesellschaft eine zusätzliche Vergütung erhalten, wenn sie aus dem Gesamtangebot der Verwaltungsgesellschaft Produkte in einem Umfang vertreiben, der einen vorab definierten Schwellenwert überschreitet. Daneben kann die Verwaltungsgesellschaft ihren Vertriebspartnern weitere Zuwendungen in Form von unterstützenden Sachleistungen (z. B. Mitarbeiterschulungen) und ggf. Erfolgsboni, die ebenfalls mit den Vermittlungsleistungen der Vertriebspartner im Zusammenhang stehen, gewähren, welche nicht dem Fondsvermögen gesondert in Rechnung gestellt werden. Die Zuwendungen stehen den Interessen der Anleger nicht entgegen, sondern sind darauf ausgelegt, die Qualität der Dienstleistungen seitens der Vertriebspartner aufrechtzuerhalten und weiter zu verbessern. Nähere Informationen zu den Zuwendungen können die Anleger von den Vertriebspartnern erfahren.

Die Verwaltungsgesellschaft handelt unabhängig von der Depotbank und ausschließlich im Interesse der Anteilinhaber.

Die Verwaltungsgesellschaft kann im Zusammenhang mit der Verwaltung der Aktiva der Gesellschaft, unter ihrer eigenen Verantwortung und Kontrolle, eigene Tätigkeiten insgesamt oder zum Teil an Dritte übertragen.

Neben der in diesem Verkaufsprospekt beschriebenen Gesellschaft verwaltet die Verwaltungsgesellschaft derzeit noch weitere Sondervermögen. Eine Namensliste dieser Sondervermögen ist auf Anfrage kostenlos am Sitz der Verwaltungsgesellschaft erhältlich.

Register- und Transferstelle

Die Funktion der Register- und Transferstelle der Gesellschaft wird von der Verwaltungsgesellschaft ausgeübt.

Die Register- und Transferstelle ist für die Ausführung von Anträgen zur Zeichnung, Rücknahme, zum Umtausch und zur Übertragung von Anteilen sowie der Führung des Anteilregisters zuständig.

Fondsbuchhaltung

Die Verwaltungsgesellschaft hat die Fondsbuchhaltung an die Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Yorckstraße 21, D-40476 Düsseldorf ausgelagert.

Portfoliomanagement

Als Portfoliomanager für den Fonds wurde die VP Fund Solutions (Liechtenstein) AG ausgewählt.

Die VP Fund Solutions (Liechtenstein) AG ist beim Amt für Justiz des Fürstentums Liechtenstein unter der Handelsregisternummer FL-0002.000.772-7 eingetragen. Sitz der Gesellschaft ist Aeulestrasse 6, FL-9490 Vaduz Liechtenstein

Die Tätigkeit des Portfoliomanagers im Hinblick auf diesen Investmentfonds wird von der Verwaltungsgesellschaft laufend überwacht und steht unter deren Verantwortung.

Der Portfoliomanager kann seine Aufgaben nach vorheriger Zustimmung mit der Verwaltungsgesellschaft ganz oder teilweise delegieren, trägt jedoch weiterhin die Verantwortung für das Portfoliomanagement und die hierdurch entstandenen Kosten. Werden einzelne Aufgaben delegiert, ist dies durch Änderung dieses Prospektes bekannt zu geben.

Der Portfoliomanager ist nicht berechtigt, Geld oder Wertpapiere von Kunden anzunehmen.

Anlageberater

Der Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft wird bei der Verwaltung des Gesellschaftsvermögens durch Anlageberater unterstützt. Die diesbezügliche Vergütung des jeweiligen Anlageberaters wird durch die Verwaltungsgesellschaft aus der von ihr vereinnahmten Vergütung beglichen.

Als Anlageberater für das Gesellschaftsvermögen wurde die ROMETSCH & MOOR Ltd., Großbritannien sowie die SUTTERLÜTY Investment Management GmbH, Österreich ernannt. Die Anlageentscheidungen verbleiben bei der Verwaltungsgesellschaft.

ROMETSCH & MOOR Ltd., Großbritannien
- Colin Moor

Colin Moor ist als Geschäftsführer und Partner der privaten Londoner Asset Management Firma, Rometsch & Moor Ltd., seit Juli 1999 als verantwortlicher Gesellschafter für das Investment Management beschäftigt. Davor war er 10 Jahre lang als Direktor im Private Banking tätig.

SUTTERLÜTY Investment Management GmbH, Österreich
- Udo Sutterlüty

Udo Sutterlüty war von 1998 bis Anfang 2008 als Treasurer und Senior Fondsmanager tätig und ab 2002 bereits für fünf Publikums-Fonds verantwortlich. Anschließend gründete er die Sutterlüty Investment Management GmbH. Davor arbeitete er in Wien als Chefhändler für Aktien und Derivate, nachdem er einige Jahre zuvor als Market-Maker für Optionen und Futures an der Österreichischen Termin- und Optionsbörse (ÖTOB) tätig war.

Die Anlageberater sind nicht berechtigt, evtl. Zeichnungsgelder für den Fonds von Investoren entgegenzunehmen.

4. Anlagepolitik und Anlagegrenzen

Das Gesellschaftsvermögen wird unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung gemäß den anlagepolitischen Grundsätzen sowie innerhalb der nachfolgend aufgeführten Anlagegrenzen angelegt werden. Der Verwaltungsrat der Gesellschaft bestimmt die Anlagepolitik des betreffenden Teilfonds im Besonderen Teil des Verkaufsprospektes.

A. Die Gesellschaft strebt an, für jeden Teilfonds nur solche Vermögenswerte zu erwerben, die Ertrag und/oder Wachstum erwarten lassen mit dem Ziel, einen angemessenen, stetigen oder hohen Wertzuwachs zu erwirtschaften. Das Vermögen eines Teilfonds kann grundsätzlich in Aktien, Aktienzertifikaten, verzinsliche Wertpapiere (fest- und variabelverzinsliche Schuldverschreibungen inkl. Nullkuponanleihen), Wandelschuldverschreibungen, Genuss- und Partizipationsscheine und sonstige gesetzlich zulässige Vermögenswerte investiert werden.

Für den einzelnen Teilfonds dürfen daneben flüssige Mittel gehalten werden.

Für das Nettoteilfondsvermögen dürfen Anteile anderer OGAW und anderer OGA nur in Höhe von insgesamt 10 % des Nettovermögens des Teilfonds erworben werden.

Die Gesellschaft verzichtet auf eine Investition des Gesellschaftsvermögens in Derivate jedweder Art.

B. Risikohinweise und -faktoren:

1. Allgemeine Risikohinweise:

Anteile am Fonds sind Wertpapiere, deren Preise unmittelbar oder mittelbar durch die börsentäglichen Kursschwankungen der im Fonds befindlichen Vermögenswerte bestimmt werden und deshalb steigen oder auch fallen können.

Es wird keine Zusicherung gemacht, dass die Ziele der Anlagepolitik erreicht werden.

2. Risikofaktoren:

Eine Anlage in den Teilfonds kann insbesondere mit folgenden Risikofaktoren verbunden sein:

a) Zinsänderungsrisiko

Soweit der Fonds in verzinsliche Wertpapiere investiert, ist er einem Zinsänderungsrisiko ausgesetzt. Steigt das Marktzinsniveau, kann der Kurswert der zum Fonds gehörenden verzinslichen Wertpapiere erheblich sinken. Dies gilt in erhöhtem Maße, soweit der Fonds auch verzinsliche Wertpapiere mit längerer Restlaufzeit und niedrigerer Nominalverzinsung hält.

b) Bonitätsrisiko

Die Bonität (Zahlungsfähigkeit und -willigkeit) des Ausstellers eines vom Fonds gehaltenen Wertpapiers kann nachträglich sinken. Dies führt in der Regel zu Kursrückgängen, die über die allgemeinen Marktschwankungen hinausgehen.

c) Allgemeines Marktrisiko

Soweit der Fonds in Aktien investiert, ist er den auf vielfältige, teilweise auch auf irrationale Faktoren zurückgehenden generellen Trends und Tendenzen am Aktienmarkt ausgesetzt. Diese können zu einem ggf. auch erheblichen und länger andauernden, den gesamten Markt betreffenden Kursrückgang führen. Dem allgemeinen Marktrisiko sind Wertpapiere von erstklassigen Ausstellern grundsätzlich in gleicher Weise ausgesetzt.

d) Unternehmensspezifisches Risiko

Die Kursentwicklung der vom Fonds gehaltenen Wertpapiere und Geldmarktinstrumente ist daneben auch von unternehmensspezifischen Faktoren abhängig, beispielsweise von der betriebswirtschaftlichen Situation des Ausstellers. Verschlechtern sich die unternehmensspezifischen Faktoren, kann der Kurswert des spezifischen Papiers deutlich und dauerhaft sinken, ggf. auch ungeachtet einer sonst allgemein positiven Börsenentwicklung.

e) Adressenausfallrisiko

Der Aussteller eines vom Fonds gehaltenen Wertpapiers bzw. der Schuldner einer zum Fonds gehörenden Forderung kann zahlungsunfähig werden. Die entsprechenden Vermögenswerte des Fonds können hierdurch wirtschaftlich wertlos werden.

f) Kontrahentenrisiko

Soweit Geschäfte für den Fonds nicht über eine Börse oder einen geregelten Markt getätigt werden („OTC-Geschäfte“), besteht das Risiko, dass die Gegenpartei des Geschäfts ausfällt bzw. ihren Verpflichtungen nicht in vollem Umfang nachkommt.

g) Währungsrisiko

Hält der Teilfonds Vermögenswerte, die auf Fremdwährung lauten, so ist er (soweit Fremdwährungspositionen nicht abgesichert werden) einem Währungsrisiko ausgesetzt. Eine eventuelle Abwertung der Fremdwährung gegenüber der Basiswährung des Fonds führt dazu, dass der Wert der auf Fremdwährung lautenden Vermögenswerte sinkt.

h) Branchenrisiko

Bei Branchenfonds kann aufgrund der Spezifikation des Anlageziels eine Aufteilung des Risikos auf verschiedene Branchen von vornherein nicht betrieben werden. Branchenfonds sind in besonderem Maße von der Entwicklung der Unternehmensgewinne in einer einzelnen oder miteinander verwandten Branchen abhängig. Ein entsprechendes Branchenrisiko besteht auch, wenn einzelne Branchen in einem Fonds ein zu großes Gewicht haben.

i) Liquiditätsrisiko

Bei illiquiden (marktengen) Wertpapieren kann bereits eine nicht allzu große Order zu deutlichen Kursveränderungen sowohl bei Käufen als auch Verkäufen führen. Ist ein Vermögenswert nicht liquide, besteht die Gefahr, dass im Fall der Veräußerung des Vermögenswerts, dies nicht oder nur unter Inkaufnahme eines deutlichen Abschlags auf den Verkaufspreis möglich ist. Im Fall des Kaufes kann die Illiquidität eines Vermögenswertes dazu führen, dass sich der Kaufpreis deutlich erhöht.

j) Länder- und Transferrisiko

Eintretende wirtschaftliche oder politische Instabilität in Ländern, in denen der Teilfonds investiert ist, kann dazu führen, dass der Teilfonds ihm zustehende Gelder trotz Zahlungsfähigkeit des Ausstellers des jeweiligen Wertpapiers nicht oder nicht in vollem Umfang erhält. Maßgeblich hierfür können beispielsweise Devisen- oder Transferbeschränkungen oder sonstige Rechtsänderungen sein.

k) Verdoppelung der Gebühren bei der Investition in Zielfonds

Soweit der Fonds in Anteilen an Zielfonds anlegt, die von anderen Gesellschaften aufgelegt und/oder verwaltet werden, ist zu berücksichtigen, dass gegebenenfalls Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge und zusätzliche Gebühren der Dienstleister für diese Zielfonds berechnet werden.

C. Profil des Anlegerkreises

Diese Angaben werden jeweils pro Teilfonds in dem Besonderen Teil des Verkaufsprospektes definiert.

D. Performance des Teilfonds

Eine Übersicht wird dem KIID beigelegt.

E. Risikoprofil des Teilfonds

Diese Angaben werden jeweils pro Teilfonds in dem Besonderen Teil des Verkaufsprospektes definiert.

F. Allgemeine Richtlinien für die Anlagepolitik

Die Anlageziele und die spezifische Anlagepolitik des betreffenden Fonds werden auf der Grundlage der nachfolgenden allgemeinen Richtlinien im Besonderen Teil des Verkaufsprospektes für den jeweiligen Teilfonds festgelegt.

Es gelten folgende Definitionen:

"Drittstaat": Drittstaat im Sinne dieses Verkaufsprospektes ist jeder Staat Europas, der nicht Mitgliedstaat ist sowie jeder Staat Amerikas, Afrikas, Asiens oder Australiens und Ozeaniens.

"Geldmarktinstrumente": Instrumente, die üblicherweise auf dem Geldmarkt gehandelt werden, liquide sind und deren Wert jederzeit genau bestimmt werden kann.

"Gesetz vom 17. Dezember 2010": Gesetz vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen (einschließlich nachfolgender Änderungen und Ergänzungen).

"Mitgliedstaat": Mitgliedstaat im Sinne des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 ist jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union. Als Mitgliedstaat im Sinne des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 gilt auch jeder Teilnehmerstaat des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum („EWR-Abkommen“), der nicht Mitgliedstaat der Europäischen Union und in den durch vorbenanntes EWR-Abkommen sowie zugehörigen Urkunden definierten Grenzen gleichgestellt ist.

- „OECD“: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
- "OGA": Organismus für gemeinsame Anlagen.
- "OGAW": Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren, welcher der Richtlinie 2009/65/EG unterliegt.
- "Wertpapiere":
 - Aktien und andere, Aktien gleichwertige, Wertpapiere ("Aktien")
 - Schuldverschreibungen und sonstige verbrieftete Schuldtitel ("Schuldtitel")
 - alle anderen marktfähigen Wertpapiere, die zum Erwerb von Wertpapieren durch Zeichnung oder Austausch berechtigen.

Die Anlagepolitik eines Teilfonds unterliegt den nachfolgenden Regelungen und Anlagebeschränkungen:

Aufgrund der spezifischen Anlagepolitik eines Teilfonds ist es möglich, dass verschiedene der nachfolgend erwähnten Anlagemöglichkeiten auf bestimmte Teilfonds keine Anwendung finden. Dies wird ggf. im Besonderen Teil des Verkaufsprospektes und im KIID für den jeweiligen Teilfonds erwähnt.

In dem Fall, dass der Fonds mehr als einen Teilfonds hat, wird jeder Teilfonds als eigener OGAW im Rahmen der Anlagepolitik, der Anlageziele und der Beschränkung des Fonds betrachtet.

1. Anlagen des Fonds können aus einem oder mehreren der folgenden Vermögenswerten bestehen:

- a) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die an einem geregelten Markt im Sinne der Richtlinie 2004/39/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Märkte für Finanzinstrumente („Geregelter Markt“) notiert sind oder gehandelt werden;
- b) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die auf einem anderen geregelten Markt eines Mitgliedsstaates, dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist und der anerkannt und für das Publikum offen, gehandelt werden;
- c) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die an einer Wertpapierbörse oder einem anderen Markt eines Drittstaates gehandelt werden, dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist und der anerkannt und für das Publikum offen ist;
- d) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente aus Neuemissionen, sofern die Emissionsbedingungen die Verpflichtung enthalten, dass die Zulassung zum Handel an einer Börse, einem Geregelten Markt oder einem anderen geregelten Markt im Sinne der vorstehend unter 1. a) bis c) genannten Bestimmungen beantragt wird und die Zulassung spätestens vor Ablauf eines Jahres nach der Ausgabe erlangt wird;
- e) Anteilen von nach der Richtlinie 2009/65/EG zugelassenen OGAW und/oder anderen OGA im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a) und b) der Richtlinie 2009/65/EG unabhängig davon, ob sie in einem Mitgliedstaat niedergelassen sind, sofern
 - diese anderen OGA nach Rechtsvorschriften zugelassen wurden, die sie einer behördlichen Aufsicht unterstellen, welche nach Auffassung der für den Finanzsektor zuständigen Luxemburger Aufsichtsbehörde, Commission de Surveillance du Secteur Financier ("CSSF") derjenigen nach dem Gemeinschaftsrecht gleichwertig ist (derzeit die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, die Schweiz, Hong Kong und Japan), und ausreichende Gewähr für die Zusammenarbeit zwischen den Behörden besteht;
 - das Schutzniveau der Anteilhaber der anderen OGA dem Schutzniveau der Anteilhaber eines OGAW gleichwertig ist und insbesondere die Vorschriften für die getrennte Verwahrung des Fondsvermögens, die Kreditaufnahme, die Kreditgewährung und Leerverkäufe von Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten den Anforderungen der Richtlinie 2009/65/EG gleichwertig sind;

- die Geschäftstätigkeit der anderen OGA Gegenstand von Halbjahres- und Jahresberichten ist, die es erlauben, sich ein Urteil über das Vermögen und die Verbindlichkeiten, die Erträge und die Transaktionen im Berichtszeitraum zu bilden;
- der OGAW oder dieser andere OGA, dessen Anteile erworben werden sollen, nach seinen Gründungsunterlagen insgesamt höchstens 10 % seines Vermögens in Anteilen anderer OGAW oder anderer OGA anlegen darf;

f) Sichteinlagen oder kündbare Einlagen mit einer Laufzeit von höchstens zwölf Monaten bei Kreditinstituten, sofern das betreffende Kreditinstitut seinen Sitz in einem Mitgliedstaat hat oder, falls der Sitz des Kreditinstituts sich in einem Drittstaat befindet, es Aufsichtsbestimmungen unterliegt, die nach Auffassung der CSSF denjenigen des Gemeinschaftsrechts gleichwertig sind. Hierzu hat die CSSF eine Liste der betreffenden Staaten erstellt, diese Liste wird regelmäßig mit den eingegangenen Einlagen in den verschiedenen Staaten überprüft;

g) Geldmarktinstrumente, die nicht auf einem geregelten Markt gehandelt werden und nicht unter die vorstehend genannte Definition fallen, sofern die Emission oder der Emittent dieser Instrumente selbst Vorschriften über den Einlagen- und den Anlegerschutz unterliegt, und vorausgesetzt sie werden

- von einer zentralstaatlichen, regionalen oder lokalen Körperschaft oder der Zentralbank eines Mitgliedstaats, der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Union oder der Europäischen Investitionsbank, einem Drittstaat oder, im Falle eines Bundesstaates, einem Gliedstaat der Föderation oder von einer internationalen Einrichtung öffentlich-rechtlichen Charakters, der mindestens einem Mitgliedstaat angehört, begeben oder garantiert oder

- von einem Unternehmen begeben, dessen Wertpapiere auf den unter den vorstehenden Buchstaben a), b) und c) bezeichneten geregelten Märkten gehandelt werden, oder

- von einem Institut, das gemäß den im Gemeinschaftsrecht festgelegten Kriterien einer behördlichen Aufsicht unterstellt ist, oder einem Institut, das Aufsichtsbestimmungen, die nach Auffassung der CSSF mindestens so streng sind, wie die des Gemeinschaftsrechts, unterliegt und diese einhält, begeben oder garantiert, oder

- von anderen Emittenten begeben, die einer Kategorie angehören, die von der CSSF zugelassen wurde, sofern für Anlagen in diesen Instrumenten Vorschriften für den Anlegerschutz gelten, die denen des ersten, des zweiten oder des dritten Gedankenstrichs gleichwertig sind und sofern es sich bei dem Emittenten entweder um ein Unternehmen mit einem Eigenkapital von mindestens zehn Millionen Euro (10.000.000,- Euro), das seinen Jahresabschluss nach den Vorschriften der Richtlinie 2013/34/EU erstellt und veröffentlicht, oder um einen Rechtsträger, der innerhalb einer eine oder mehrere börsennotierte Gesellschaften umfassenden Unternehmensgruppe für die Finanzierung dieser Gruppe zuständig ist, oder um einen Rechtsträger handelt, der die wertpapiermäßige Unterlegung von Verbindlichkeiten durch Nutzung einer von einer Bank eingeräumten Kreditlinie finanzieren soll.

2. Der Teilfonds kann darüber hinaus:

a) bis zu 10 % seines Nettovermögens in anderen als den unter 1. genannten Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten anlegen;

b) in Höhe von bis zu 49 % des Nettovermögens des Teilfonds flüssige Mittel halten. In besonderen Ausnahmefällen können diese auch einen Anteil von mehr als 49 % einnehmen, wenn und soweit dies im Interesse der Anteilinhaber für geboten erscheint;

c) Kredite für kurze Zeit bis zu einem Gegenwert von 10 % des Nettovermögens des Teilfonds aufnehmen

d) Devisen im Rahmen eines "Back-to-back"-Geschäftes erwerben.

3. Darüber hinaus wird der Teilfonds bei der Anlage seines Vermögens folgende Anlagebeschränkungen beachten:

- a) Der Teilfonds darf höchstens 10 % seines Nettovermögens in Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten ein und desselben Emittenten anlegen. Der Teilfonds darf höchstens 20 % seines Nettovermögens in Einlagen bei ein und derselben Einrichtung anlegen.
- b) Der Gesamtwert der Wertpapiere und Geldmarktinstrumente von Emittenten, bei denen der Teilfonds jeweils mehr als 5 % seines Nettovermögens anlegt, darf 40 % des Wertes des Nettovermögens des Teilfonds nicht überschreiten.

Ungeachtet der einzelnen in 3. a) genannten Obergrenzen darf der Teilfonds bei ein und derselben Einrichtung höchstens 20 % des Nettovermögens eines Teilfonds in einer Kombination aus

- von dieser Einrichtung begebenen Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten, oder
- Einlagen bei dieser Einrichtung

investieren.

- c) Die in 3. a) Satz 1 genannte Obergrenze beträgt höchstens 35 %, wenn die Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente von einem Mitgliedstaat oder seinen Gebietskörperschaften, von einem Drittstaat oder von internationalen Einrichtungen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen mindestens ein Mitgliedstaat angehört, begeben oder garantiert werden.
- d) Die in 3. a) Satz 1 genannte Obergrenze beträgt höchstens 25 % für bestimmte Schuldverschreibungen, wenn diese von einem Kreditinstitut mit Sitz in einem Mitgliedstaat begeben werden, das aufgrund gesetzlicher Vorschriften zum Schutz der Inhaber dieser Schuldverschreibungen einer besonderen behördlichen Aufsicht unterliegt. Insbesondere müssen die Erträge aus der Emission dieser Schuldverschreibungen gemäß den gesetzlichen Vorschriften in Vermögenswerten angelegt werden, die während der gesamten Laufzeit der Schuldverschreibungen die sich daraus ergebenden Verbindlichkeiten ausreichend decken und vorrangig für die beim Ausfall des Emittenten fällig werdende Rückzahlung des Kapitals und die Zahlung der Zinsen bestimmt sind.

Legt ein Teilfonds mehr als 5 % seines Nettovermögens in Schuldverschreibungen im Sinne des vorstehenden Unterabsatzes an, die von ein und demselben Emittenten begeben werden, so darf der Gesamtwert dieser Anlagen 80 % des Wertes des Nettovermögens des OGAW nicht überschreiten.

- e) Die in 3. c) und d) genannten Wertpapiere und Geldmarktinstrumente werden bei der Anwendung der in 3. b) vorgesehenen Anlagegrenze von 40 % nicht berücksichtigt.

Die in 3. a), b), c) und d) genannten Grenzen dürfen nicht kumuliert werden; daher dürfen gemäß 3. a), b), c) und d) getätigte Anlagen in Wertpapieren oder Geldmarktinstrumente ein und desselben Emittenten oder in Einlagen bei diesem Emittenten oder in Derivaten desselben nicht 35 % des Nettovermögens eines Teilfonds übersteigen.

Gesellschaften, die im Hinblick auf die Erstellung des konsolidierten Abschlusses im Sinne der Richtlinie 2013/34/EU oder nach den anerkannten internationalen Rechnungslegungsvorschriften derselben Unternehmensgruppe angehören, sind bei der Berechnung der in diesen Ziffern a) bis e) vorgesehenen Anlagegrenzen als ein einziger Emittent anzusehen.

Der Teilfonds darf kumulativ bis zu 20 % seines Nettovermögens in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten ein und derselben Unternehmensgruppe anlegen.

- f) Unbeschadet der in nachfolgend 3. k), l) und m) festgelegten Anlagegrenzen betragen die in 3. a) bis e) genannten Obergrenzen für Anlagen in Aktien und/oder Schuldtiteln ein und desselben Emittenten höchstens 20 %, wenn es Ziel der in dem Verkaufsprospekt festgelegten Anlagestrategie ist und der Satzung der Gesellschaft nicht widerspricht, einen bestimmten, von der CSSF anerkannten Aktien- oder Schuldtitelindex nachzubilden. Voraussetzung hierfür ist, dass

- die Zusammensetzung des Index hinreichend diversifiziert ist;
- der Index eine adäquate Bezugsgrundlage für den Markt darstellt, auf den er sich bezieht;
- der Index in angemessener Weise veröffentlicht wird.

- g) Die in 3. f) festgelegte Grenze beträgt 35 %, sofern dies aufgrund außergewöhnlicher Marktbedingungen gerechtfertigt ist, und zwar insbesondere auf geregelten Märkten, auf denen bestimmte Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente stark dominieren. Eine Anlage bis zu dieser Obergrenze ist nur bei einem einzigen Emittenten möglich.
- h) **Unbeschadet der Bestimmungen gemäß 3. a) bis e) darf ein Teilfonds, nach dem Grundsatz der Risikostreuung, bis zu 100 % seines Nettovermögens in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten verschiedener Emissionen anlegen, die von einem Mitgliedstaat oder seinen Gebietskörperschaften oder von einem anderen Mitgliedsstaat der OECD oder von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten angehören, begeben oder garantiert werden, vorausgesetzt, dass (i) solche Wertpapiere im Rahmen von mindestens sechs verschiedenen Emissionen begeben worden sind und (ii) in Wertpapieren aus einer einzigen Emission nicht mehr als 30 % des Gesamtvermögens des Teilfonds angelegt werden.**
- i) Grundsätzlich darf der Teilfonds Anteile anderer OGAW und/oder anderer OGA im Sinne von 1. e) erwerben, wenn er nicht mehr als 10 % seines Nettovermögens in ein und demselben OGAW oder einem anderen OGA anlegt. Im Besonderen Teil dieses Verkaufsprospektes wird festgelegt, ob diese Grenze ausgeschöpft wird.

Bei der Anwendung dieser Anlagegrenze ist jeder Teilfonds eines Umbrella-Fonds im Sinne von Artikel 181 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 wie ein eigenständiger Emittent zu betrachten, vorausgesetzt, das Prinzip der Einzelhaftung pro Teilfonds im Hinblick auf Dritte findet Anwendung.

- j) Anlagen in Anteilen von anderen OGA als OGAW dürfen insgesamt 30 % des Nettovermögens eines Teilfonds nicht übersteigen.

Wenn ein Teilfonds Anteile eines OGAW und/oder sonstigen OGA erworben hat, werden die Anlagewerte des betreffenden OGAW oder anderen OGA in Bezug auf die in 3. a) bis e) genannten Obergrenzen nicht berücksichtigt.

Erwirbt ein Teilfonds Anteile anderer OGAW und/oder sonstiger OGA, die unmittelbar oder mittelbar von derselben Gesellschaft oder einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Gesellschaft eine gemeinsame Verwaltung oder Beherrschung oder durch eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist, so kann es zu einer Erhebung einer Verwaltungsvergütung auch auf der Ebene dieser Zielfonds kommen. Die im Zusammenhang mit diesem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen anfallenden Kosten mit Ausnahme von Ausgabeaufschlägen und Rücknahmeabschlägen bei Anteilen von Fonds gehen zu Lasten des Teilfonds. Diese Beschränkung ist ebenfalls in den Fällen anwendbar, in denen der Teilfonds Anteile (Aktien) einer Investmentgesellschaft erwirbt, mit der er im Sinne des ersten vorhergehenden Satzes verbunden ist. Ausgenommen sind Kosten für Werbung und andere Kosten, welche direkt im Zusammenhang mit dem Anbieten bzw. dem Verkauf der Anteile anfallen. Bei den Zielfonds können den Anteilhabern des Teilfonds mittelbar oder unmittelbar Gebühren, Kosten, Steuern, Provisionen und sonstige Aufwendungen belastet werden. Insofern kann eine Mehrfachbelastung mit Gebühren eintreten. Die genannten Kosten werden in den Jahresberichten aufgeführt.

- k) Die Investmentgesellschaft (somit der „Umbrella“-Fonds) darf für die Gesamtheit der von ihr verwalteten Teilfonds stimmberechtigten Aktien nicht in einem Umfang erwerben, der es ihr insgesamt erlaubt, auf die Verwaltung des Emittenten einen wesentlichen Einfluss auszuüben.

- l) Ferner darf ein Teilfonds insgesamt nicht mehr als:
- 10 % der stimmrechtslosen Aktien ein und desselben Emittenten;
 - 10 % der Schuldverschreibungen ein und desselben Emittenten;
 - 25 % der Anteile ein und desselben OGAW und/oder anderen OGA im Sinne von Art. 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010; oder
 - 10 % der Geldmarktinstrumente ein und desselben Emittenten

erwerben.

Die im zweiten, dritten und vierten Gedankenstrich vorgesehenen Grenzen brauchen beim Erwerb nicht eingehalten zu werden, wenn sich der Bruttobetrag der Schuldverschreibungen oder der Geldmarktinstrumente oder der Nettobetrag der ausgegebenen Anteile zum Zeitpunkt des Erwerbs nicht berechnen lässt.

- m) Die vorstehenden Bestimmungen gemäß 3. k) und l) sind nicht anwendbar im Hinblick auf:
- aa) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die von einem Mitgliedstaat oder dessen Gebietskörperschaften begeben oder garantiert werden;
 - bb) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die von einem Drittstaat begeben oder garantiert werden;
 - cc) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters begeben werden, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten angehören;
 - dd) Aktien von Gesellschaften, die nach dem Recht eines Staates errichtet wurden, der kein Mitgliedstaat ist, sofern (i) eine solche Gesellschaft ihr Vermögen hauptsächlich in Wertpapieren von Emittenten aus diesem Staat anlegt, (ii) nach dem Recht dieses Staates eine Beteiligung des Teilfonds an dem Kapital einer solchen Gesellschaft den einzig möglichen Weg darstellt, um Wertpapiere von Emittenten dieses Staates zu erwerben und (iii) diese Gesellschaft im Rahmen ihrer Vermögensanlage die Anlagebeschränkungen gemäß vorstehend 3. a) bis e) und 3. i) bis l) beachtet.
- n) Ein Teilfonds darf keine Edelmetalle oder Zertifikate hierüber erwerben.
- o) Ein Teilfonds darf nicht in Immobilien anlegen, wobei Anlagen in immobilien gesicherten Wertpapieren oder Zinsen hierauf oder Anlagen in Wertpapieren, die von Gesellschaften ausgegeben werden, die in Immobilien investieren und Zinsen hierauf zulässig sind.
- p) Zu Lasten des Vermögens des Teilfonds dürfen keine Kredite oder Garantien für Dritte ausgegeben werden, wobei diese Anlagebeschränkung den Teilfonds nicht daran hindert, sein Nettovermögen in nicht voll einbezahlten Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten oder anderen Finanzinstrumenten im Sinne von oben 1. e) und 1. g) anzulegen.
- q) Leerverkäufe von Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten oder anderen in oben 1. e) und g) genannten Finanzinstrumenten dürfen nicht getätigt werden.

4. Ein Teilfonds kann zusätzlich:

unter den im Verkaufsprospekt vorgesehenen Bedingungen sowie im Einklang mit der koordinierten Satzung, die von einem oder mehreren anderen Teilfonds dieses OGAW auszugeben sind oder ausgegeben wurde, zeichnen, erwerben und/oder halten, ohne dass dieser OGAW, wenn er in Gesellschaftsform gegründet wurde, den Anforderungen des geänderten Gesetzes vom 10. August 1915 in Bezug auf die Zeichnung, den Erwerb und/oder das Halten der eigenen Aktien durch eine Gesellschaft unterliegt, jedoch vorbehaltlich der folgenden Anforderungen, dass:

- der Zielteilfonds selbst nicht in den Teilfonds investiert, der in diesen Zielteilfonds angelegt wird;
- die Zielteilfonds, deren Anteile erworben werden sollen, nach ihren Vertragsbedingungen oder Gründungsunterlagen insgesamt höchstens 10 % ihrer Vermögenswerte in Anteilen anderer Zielteilfonds desselben OGA anlegen dürfen;
- das eventuell mit den betroffenen Titeln verbundene Stimmrecht so lange ausgesetzt wird wie sie von dem fraglichen Teilfonds gehalten werden, unbeschadet einer angemessenen Behandlung in der Buchführung und den periodischen Berichten;
- solange diese Titel von dem OGA gehalten werden, ihr Wert in jedem Fall nicht für die Berechnung des Nettovermögens des OGA zur Prüfung der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestgrenze des Nettovermögens berücksichtigt wird; und
- keine Verdoppelung der möglichen Verwaltungs-, Zeichnungs- oder Rücknahmegebühren auf Ebene des Teilfonds des OGA und diesen Zielteilfonds vorliegt, der in den Zielteilfonds investiert hat.

5. Unbeschadet hierin enthaltener gegenteiliger Bestimmungen:

- a) braucht der Teilfonds die in vorstehend 1. bis 4. vorgesehenen Anlagegrenzen bei der Ausübung von Zeichnungs- und Bezugsrechten, die an Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente, die sie in ihrem Teilfondsvermögen halten, geknüpft sind, nicht einzuhalten.
- b) und unbeschadet der Verpflichtung, auf die Einhaltung des Grundsatzes der Risikostreuung zu achten, können neu zugelassene Teilfonds während eines Zeitraums von sechs Monaten nach ihrer Zulassung von den in vorstehend 3. a) bis j) festgelegten Bestimmungen abweichen.
- c) muss ein Teilfonds dann, wenn diese Bestimmungen aus Gründen, die außerhalb der Macht des entsprechenden Teilfonds liegen, oder aufgrund von Zeichnungsrechten und Bezugsrechten überschritten werden, vorrangig danach streben, die Situation im Rahmen seiner Verkaufstransaktionen unter Berücksichtigung der Interessen seiner Anteilhaber zu bereinigen.

Der Verwaltungsrat der Gesellschaft ist berechtigt, zusätzliche Anlagebeschränkungen aufzustellen, sofern diese notwendig sind, um den gesetzlichen und verwaltungsrechtlichen Bestimmungen in Ländern, in denen die Anteile der Teilfonds angeboten oder verkauft werden, zu entsprechen.

G. Master-Feeder-Struktur

Der folgende Abschnitt kommt im Falle der Wahl einer Master-Feeder-Struktur nach Art. 77 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 und im Einklang mit der koordinierten Satzung zur Anwendung.

Aufgrund der Ausnahmenvorschrift des Art. 77 von Art. 2, Abs. 2, erster Satz des Gesetzes vom 17. Dezember 2010, darf die Gesellschaft als Feeder- OGAW oder Master- OGAW innerhalb des Geltungsbereiches des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 handeln. Ein Feeder- OGAW ist ein OGAW oder einer seiner Teilfonds, der mindestens 85 % seines Vermögens in Anteile eines anderen OGAW oder eines Teilfonds eines anderen OGAW („Master- OGAW“) anlegt.

Ein Feeder- OGAW kann bis zu 15 % seines Vermögens in einem oder mehreren der folgenden Vermögenswerte halten:

- a) gemäß der in F. „Allgemeine Richtlinien für die Anlagepolitik, 2 b) gehaltene flüssige Mittel;
- b) derivative Finanzinstrumente gemäß der in Art. 41 (1) g) und Art. 42 Abs. 2 und 3 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010, die ausschließlich für Absicherungszwecke verwendet werden dürfen; oder
- c) wenn es sich beim Feeder- OGAW um eine Investmentgesellschaft handelt, bewegliches und unbewegliches Vermögen, das für die unmittelbare Ausübung seiner Tätigkeit unerlässlich ist.

Für die Zwecke der Einhaltung von Art. 42 Abs. 3 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 berechnet der Feeder- OGAW sein Gesamtrisiko im Zusammenhang mit derivativen Finanzinstrumenten anhand einer Kombination seines eigenen unmittelbaren Risikos,

- a) entweder mit dem tatsächlichen Risiko des Master- OGAW gegenüber derivativen Finanzinstrumenten im Verhältnis zu den Anlagen des Feeder- OGAW in den Master- OGAW; oder

b) mit dem potenziellen Gesamthöchst­risiko des Master- OGAW in Bezug auf derivative Finanzinstrumente gemäß den Vertragsbestimmungen oder Gründungsunterlagen des Master- OGAW im Verhältnis zur Anlage des Feeder- OGAW in den Master- OGAW.

Ein Master- OGAW ist ein OGAW oder einer seiner Teilfonds, der

- a) mindestens einen Feeder- OGAW unter seinen Anteil­habern hat;
- b) nicht selbst ein Feeder- OGAW ist; und
- c) keine Anteile eines Feeder- OGAW hält.

Für einen Master- OGAW gelten folgende Abweichungen:

- a) hat ein Master- OGAW mindestens zwei Feeder- OGAW als Anteil­haber, gelten Art. 2 Abs. 2 Satz 1 und Art. 3 Satz 2 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 nicht und der Master- OGAW hat die Möglichkeit, sich Kapital bei anderen Anlegern zu beschaffen; und
- b) nimmt ein Master- OGAW in einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dem er niedergelassen ist und in dem er lediglich über einen oder mehrere Feeder- OGAW verfügt, kein beim Publikum beschafftes Kapital auf, so kommen die Bestimmungen von Kapitel XI der Richtlinie 2009/65/EG und Art. 108 Abs. 1, Unterabsatz 2 der Richtlinie 2009/65/EG nicht zur Anwendung.

Die Anlage eines Feeder- OGAW, der in Luxemburg niedergelassen ist, in einen bestimmten Master- OGAW, der die Grenze überschreitet, die nach F. „Allgemeine Richtlinien für die Anlagepolitik“, 3 i), auf Anlagen in andere OGAW Anwendung findet, unterliegt der vorherigen Zustimmung der CSSF.

5. Risikomanagement-Verfahren

Im Rahmen des Teilfonds wird ein Risikomanagement-Verfahren eingesetzt, welches der Gesellschaft ermöglicht, das mit den Anlagepositionen des Teilfonds verbundene Marktrisiko, Liquiditätsrisiko, Kontrahentenrisiko sowie ihren jeweiligen Anteil am Gesamtrisiko­profil des Anlageportfolios sowie alle sonstigen Risiken, einschließlich operationelle Risiken, die für den Fonds wesentlich sind, jederzeit zu überwachen und zu messen.

Das Gesamtrisiko kann durch Berechnung mittels des Value-at-Risk („VaR- Ansatz“) oder des Commitment Ansatzes ermittelt werden, wie in jedem Teilfonds im Besonderen Teil dieses Verkaufsprospektes beschrieben ist.

Der VaR- Ansatz ermittelt den potenziellen Verlust, der über einen bestimmten Zeitraum unter normalen Marktbedingungen und einem vorgegebenen Konfidenzniveau entstehen könnte. Das Gesetz vom 17. Dezember 2010 sieht hierzu ein Konfidenzniveau von 99 % und einen Zeithorizont von einem Monat vor.

Weitere Angaben zu den einzelnen Teilfonds werden im Besonderen Teil des Verkaufsprospekts gemacht.

Allgemeine Informationen zum Risikomanagementverfahren, zum erwarteten Level des Leverage sowie die Möglichkeit höherer Leverage Level (für OGAW mit dem VaR Ansatz) sind auf Wunsch des Anlegers bei der Verwaltungsgesellschaft erhältlich.

Zur Einhaltung der vorgenannten Bestimmungen, wird die Verwaltungsgesellschaft alle einschlägigen Rundschreiben oder Anordnungen der CSSF oder jeder europäischen Behörde, die entsprechende Anordnungen oder technische Standards erlassen darf, befolgen.

6. Besteuerung des Fondsvermögens

A. Besteuerung des Teilfondsvermögens

Das Vermögen der Teilfonds unterliegt zurzeit in Luxemburg einzig einer „Taxe d'Abonnement“ von jährlich 0,05 % bzw. 0,01 % (*2) zahlbar pro Quartal auf das jeweils am Quartalsende ausgewiesene jeweilige Netto-Teilfondsvermögen. Diejenigen Teilfonds, die unter den reduzierten Steuersatz fallen werden, soweit diese später aufgelegt werden sollten, im jeweiligen Besonderen Teil des Verkaufsprospektes mit (*2)

gekennzeichnet werden. Die Einnahmen aus der Anlage der Teilfondsvermögen können etwaigen Quellensteuern in Ländern unterliegen, in welchen die Teilfondsvermögen angelegt sind. Weder die Verwaltungsgesellschaft noch die Depotbank werden Quittungen über solche Quellensteuern für einzelne oder alle Anteilhaber einholen.

Soweit das Fondsvermögen in einen anderen Luxemburger Investmentfonds angelegt ist, der seinerseits bereits der „Taxe d'Abonnement“ unterliegt, entfällt diese Steuer.

B. Besteuerung der Anteilhaber

Allgemeines

Gemäß den geltenden Bestimmungen des Großherzogtums Luxemburg, und im Einklang mit den Bestimmungen des unten beschriebenen Gesetzes das die Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen umsetzt, unterliegen Anleger, deren Wohnsitz oder Aufenthaltsort sich nicht im Großherzogtum Luxemburg befindet oder die dort keinen ständigen Sitz dort unterhalten, im Großherzogtum Luxemburg keiner Einkommenssteuer, Kapitalertragssteuer, Quellen- oder sonstigen Steuer.

EU-Zinsrichtlinie

Der Europäische Rat hat am 3. Juni 2003 die Richtlinie 2003/48/EG betreffend die Besteuerung von Zinserträgen in Form von Zinszahlungen (die "Zinsrichtlinie") angenommen.

Gemäss der Zinsrichtlinie sind die Mitgliedsstaaten der EU (die "EU Mitgliedsstaaten") angehalten, den Steuerbehörden eines anderen EU Mitgliedstaates Informationen über von einer Zahlstelle (im Sinne der Zinsrichtlinie) ausgezahlte Zinsen oder ähnliche Einkommen, die innerhalb ihrer Gerichtsbarkeit an eine in einem anderen EU Mitgliedsstaat ansässige natürliche Person oder eine nicht effektiv besteuerte Einrichtung oder Rechtsvereinbarung (im Sinne von Artikel 4.2 der Zinsrichtlinie) gezahlt wurden, zukommen zu lassen.

Die Zinsrichtlinie wurde in Luxemburg durch das Gesetz vom 21. Juni 2005 umgesetzt, welches zuletzt durch das Gesetz vom 25 November 2014 abgeändert wurde (das "Luxemburgische Gesetz").

Die von einem Teilfonds des Fonds ausgeschütteten Dividenden fallen in den Geltungsbereich der Zinsrichtlinie und des Luxemburgischen Gesetzes, wenn mehr als 15 % der Vermögenswerte des entsprechenden Teilfonds in, gemäss dem Luxemburgischen Gesetz definierten Schuldverschreibungen angelegt werden. Erträge, die bei Abtretung, Rückzahlung oder Einlösung von Anteilen durch die Anteilhaber realisiert werden, fallen dann in den Geltungsbereich der Zinsrichtlinie oder des Luxemburgischen Gesetzes, wenn mehr als 25 % der entsprechenden Vermögenswerte des Teilfonds in, gemäss dem Luxemburgischen Gesetz definierten Schuldverschreibungen angelegt werden (nachfolgend "Betroffene Teilfonds").

Wenn demnach eine luxemburgische Zahlstelle eine Auszahlung von Dividenden oder Rücknahmebeträgen im Zusammenhang mit einem Betroffenen Teilfonds unmittelbar an einen Anteilhaber, welcher in einem anderen EU Mitgliedstaat oder in manchen der Gebiete, welche, wie die Schweiz, die Channel Islands, die Isle of Man, das Fürstentum Monaco, das Fürstentum Liechtenstein, das Fürstentum Andorra, die abhängigen oder assoziierten Gebiete in der Karibik und die Republik San Marino, ähnliche Massnahmen entsprechend der Informationsübermittlung eingeführt haben, ansässig ist oder für Steuerzwecke als solcher angesehen wird, vornimmt, so wird die luxemburgische Zahlstelle diese Information an die Steuerbehörden im Einklang mit den Bestimmungen des Luxemburgischen Gesetzes oder des Vertrages, den Luxemburg mit dem entsprechenden Gebiet abgeschlossen hat und welcher ähnliche Massnahmen entsprechend der Informationsübermittlung enthält, übermitteln.

Der Fonds behält sich das Recht vor, Zeichnungsanträge abzulehnen, falls die von zukünftigen Anteilhabern gemachten Angaben den gesetzlichen Anforderungen auf Grund der Zinsrichtlinie nicht entsprechen.

Das Vorstehende ist lediglich eine Zusammenfassung der Auswirkungen der Zinsrichtlinie und des Luxemburgischen Gesetzes und basiert auf deren gegenwärtigen Auslegung. Diese Zusammenfassung erhebt nicht den Anspruch der Vollständigkeit. Sie beinhaltet keine Investmentanlage- oder Steuerberatung. Anleger werden daher aufgefordert, sich von ihrem Finanz- oder Steuerberater hinsichtlich aller für sie relevanten Auswirkungen der Zinsrichtlinie und des Luxemburgischen Gesetzes beraten zu lassen.

FATCA

Der Foreign Account Tax Compliance Act ("FATCA"), wurde als Teil des Hiring Incentives to Restore Employment Act von März 2010 in den Vereinigten Staaten als Gesetz verabschiedet. FATCA verpflichtet Finanzinstitutionen außerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika ("ausländische Finanzinstitutionen" oder "FFIs") zur jährlichen Übermittlung von Informationen hinsichtlich Finanzkonten ("financial accounts"), die direkt oder indirekt von "Special US Persons" geführt werden, an die US-Steuerbehörden ("Internal Revenue Service" oder "IRS"). Eine Quellensteuer in Höhe von 30% wird auf bestimmte US-Quelleneinkünfte von FFIs erhoben, die dieser Verpflichtung nicht nachkommen.

Am 28. März 2014 trat das Großherzogtum Luxemburg einem zwischenstaatlichen Abkommen ("IGA"), gemäß Model 1, mit den Vereinigten Staaten von Amerika und einer diesbezüglichen Absichtserklärung ("Memorandum of Understanding") bei. Um die Bestimmungen von FATCA zu erfüllen, muss der Fonds demnach den Bedingungen dieses Luxemburger IGA entsprechen, sobald dieses IGA in Luxemburger Recht umgesetzt worden ist, anstatt direkt den Bestimmungen der US Treasury Regulations, die FATCA umsetzen, zu entsprechen.

Gemäß den Bestimmungen des IGA, kann der Fonds dazu verpflichtet werden, Informationen zu sammeln, die dazu dienen, seine direkten oder indirekten, Anteilhaber zu identifizieren die sog. "Specified US Persons" zwecks FATCA ("US-Konten") sind. All diese an den Fonds übermittelten Informationen betreffend US-Konten, werden den Luxemburger Steuerbehörden mitgeteilt, die diese Informationen gemäß Artikel 28 des am 3. April 1996 abgeschlossenen Abkommens zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung Luxemburgs über die Vermeidung von Doppelbesteuerung und die Vorbeugung von Steuerflucht im Hinblick auf Steuern auf Einkünfte und Kapital automatisch mit der IRS austauschen wird.

Der Fonds beabsichtigt den Bestimmungen des Luxemburger IGA zu entsprechen und somit FATCA-konform zu sein. Der Fonds wird daher nicht einer Quellensteuer von 30% auf den Anteil an Zahlungen, die US-Investitionen des Fonds zuzurechnen sind, unterliegen.

Der Fonds wird kontinuierlich das Ausmaß der Bestimmungen abwägen, die ihm gemäß FATCA und insbesondere dem Luxemburger IGA obliegen. Ab dem Datum der Unterzeichnung des Luxemburger IGA und bis zur Umsetzung einer zum Inkrafttreten des IGA notwendigen nationalen Maßnahme durch das Großherzogtum Luxemburg, wird das US-Finanzministerium den Fonds daher als FATCA-konform und nicht als der FATCA-Quellensteuer unterliegend ansehen.

Um sicherzustellen dass der Fonds den Bestimmungen von FATCA sowie des Luxemburger IGA einhält, kann die Verwaltungsgesellschaft:

- Informationen und Unterlagen, inkl. eine W-8 Steuererklärung, ein Global Intermediary Identification Number, oder irgendwelche anderen gültigen Nachweis der Registrierung des Anteilhabers mit der IRS oder entsprechende Ausnahme, um den FATCA-statut eines Anteilhabers festzustellen verlangen.
- Information betr. eines Anteilhabers und seine Anlage im Fonds an die Luxemburger Steuerbehörde übermitteln; wenn eine solche Anlage ein US-Konto gem. dem Luxemburger IGA ist
- die entsprechende US-Quellensteuer von gewissen Zahlungen an ein Anteilhaber, in Übereinstimmung mit FATCA und dem Luxemburger IGA, abziehen.

Dem Anleger wird empfohlen, sich über etwaige gesetzliche oder steuerliche Folgen (inklusive bezüglich der Anwendung der EU-Zinsrichtlinie und/oder FATCA) nach dem Recht des Landes seiner Staatsangehörigkeit, seines Sitzes oder seines gewöhnlichen Aufenthalts, die für die Zeichnung, den Kauf, den Besitz, die Rücknahme oder die Übertragung der Anteile von Bedeutung sein könnten, zu informieren und, falls angebracht, beraten zu lassen.

7. Ausgabe von Anteilen

Die Anteilinhaber sind berechtigt, jederzeit über eine der Zahlstellen, die Depotbank oder die Gesellschaft vorbehaltlich von dem nachfolgenden Abschnitt „8. Beschränkungen der Ausgabe von Anteilen“, durch Zeichnung und Zahlung des Ausgabepreises Anteile eines Teilfonds zu erwerben. Alle ausgegebenen Anteile des Teilfonds haben gleiche Rechte. Die Anteile werden unverzüglich nach Eingang des Ausgabepreises bei der Depotbank von der Depotbank zugeteilt und durch Übergabe von Anteilzertifikaten in entsprechender Höhe übertragen.

Die Ausgabe von Anteilen erfolgt an jedem Bewertungstag über eine der Zahlstellen, die Depotbank oder die Gesellschaft.

Vollständige Zeichnungsanträge, die bis 16:00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Bewertungstag (wie unter Abschnitt „10. Berechnung des Inventarwertes“ beschrieben) bei einer der Zahlstellen, der Depotbank oder der Gesellschaft eingegangen sind, werden auf der Grundlage des Anteilwertes des darauf folgenden Bewertungstages abgerechnet. Vollständige Zeichnungsanträge, die nach 16:00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Bewertungstag eingehen, gelten erst an dem darauf folgenden Bewertungstag als ordnungsgemäß eingegangen. Der Anteilwert ist somit in jedem Fall dem Anteilszeichner unbekannt.

Ausgabepreis ist der Inventarwert des entsprechenden Bewertungstages zuzüglich einer Verkaufsprovision, die zugunsten der Vertriebsstelle erhoben wird und deren Höhe im Besonderen Teil des Verkaufsprospektes des Teilfonds festgelegt ist; er ist zahlbar innerhalb von drei Bankarbeitstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag.

Der Ausgabepreis erhöht sich gegebenenfalls um Stempelgebühren oder andere Belastungen, die in verschiedenen Ländern anfallen, in denen Anteile verkauft werden.

8. Beschränkungen der Ausgabe von Anteilen

Die Gesellschaft hat bei der Ausgabe von Anteilen die Gesetze und Vorschriften aller Länder, in welchen Anteile angeboten werden, zu beachten. Die Gesellschaft kann jederzeit aus eigenem Ermessen einen Zeichnungsantrag zurückweisen oder die Ausgabe von Anteilen zeitweilig beschränken, aussetzen oder endgültig einstellen, wenn es sich bei den Käufern um natürliche oder juristische Personen handelt, die in bestimmten Ländern oder Gebieten wohnhaft oder eingetragen sind. Die Gesellschaft kann auch natürliche oder juristische Personen vom Erwerb von Anteilen ausschließen, falls eine solche Maßnahme zum Schutz der Anteilinhaber des Teilfonds notwendig werden sollte.

Weiterhin kann die Gesellschaft jederzeit Anteile gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurückkaufen, die von Anteilinhabern gehalten werden, welche vom Erwerb oder Besitz von Anteilen ausgeschlossen sind.

Die Gesellschaft behält sich vor, ab einem Nettoinventarwertvolumen welches eine sinnvolle wirtschaftliche Verwaltung des Gesellschaftsvermögens im Sinne der Anteilinhaber nicht mehr möglich erscheinen lässt, die Ausgabe von Anteilen einzustellen.

Auf nicht ausgeführte Zeichnungsanträge eingehende Zahlungen werden von der Depotbank unverzüglich zinslos zurückgezahlt.

9. Gesellschaftsanteile

Die Auslieferung effektiver Stücke ist vorerst nicht vorgesehen. Somit besteht kein Anspruch auf die Auslieferung effektiver Stücke. Der Verwaltungsrat kann jedoch beschließen, zu einem späteren Zeitpunkt Anteilzertifikate (effektive Stücke) eines Teilfonds, die auf den Inhaber lauten, auszugeben. Im Interesse der Anteilinhaber können die Anteilzertifikate dann aufgeteilt oder zu größeren Stückelungen zusammengefasst werden. Jeder Anteilinhaber hat Stimmrecht auf der Gesellschafterversammlung. Das Stimmrecht kann in Person oder durch Stellvertreter ausgeübt werden. Jeder Anteil gibt Anrecht auf eine Stimme.

10. Berechnung des Inventarwertes

Der Anteilwert („Inventarwert“) lautet auf die im Besonderen Teil des Verkaufsprospektes des entsprechenden Teilfonds festgelegte Währung („Teilfondswährung“).

Unbeschadet einer anderweitigen Regelung im Besonderen Teil des Verkaufsprospektes wird der Inventarwert von der Verwaltungsgesellschaft oder von einem von ihr Beauftragten an jedem Bankarbeitstag, der sowohl in Luxemburg als auch in Frankfurt am Main ein Börsentag ist, mit Ausnahme des 24. und 31. Dezember eines jeden Jahres (im folgenden „Bewertungstag“ genannt), errechnet. Dabei erfolgt die Berechnung des Anteilwerts für einen jeden Bewertungstag am jeweils darauf folgenden Bankarbeitstag („Berechnungstag“).

Die Berechnung erfolgt durch Teilung des Netto-Teilfondsvermögens durch die Zahl der am Bewertungstag im Umlauf befindlichen Anteile des betreffenden Teilfonds. Das Netto-Fondsvermögen des Teilfonds wird nach folgenden Grundsätzen berechnet:

- a. Die in einem Teilfonds enthaltenen Zielfondsanteile werden zum letzten festgestellten und erhältlichen Rücknahmepreis bewertet.
- b. Der Wert von Kassenbeständen oder Bankguthaben, Einlagezertifikaten und ausstehenden Forderungen, vorausbezahlten Auslagen, Bardividenden und erklärten oder aufgelaufenen und noch nicht erhaltenen Zinsen entspricht dem jeweiligen vollen Betrag, es sei denn, dass dieser wahrscheinlich nicht voll bezahlt oder erhalten werden kann, in welchem Falle der Wert unter Einschluss eines angemessenen Abschlages ermittelt wird, um den tatsächlichen Wert zu erhalten.
- c. Der Wert von Vermögenswerten, welche an einer Börse notiert oder gehandelt werden, wird auf der Grundlage des letzten verfügbaren Kurses an der Börse, welche normalerweise der Hauptmarkt dieses Wertpapiers ist, ermittelt. Wenn ein Wertpapier oder sonstiger Vermögenswert an mehreren Börsen notiert ist, ist der letzte Verkaufskurs an jener Börse bzw. an jenem geregelten Markt maßgebend, welcher der Hauptmarkt für diesen Vermögenswert ist.
- d. Der Wert von Vermögenswerten, welche an einem anderen geregelten Markt (entsprechend der Definition in Abschnitt „4. Anlagepolitik und Anlagegrenzen“, Punkt „F. Allgemeine Richtlinien für die Anlagepolitik“ dieses Verkaufsprospektes) gehandelt werden, wird auf der Grundlage des letzten verfügbaren Preises ermittelt.
- e. Sofern ein Vermögenswert nicht an einer Börse oder auf einem anderen geregelten Markt notiert oder gehandelt wird oder sofern für Vermögenswerte, welche an einer Börse oder auf einem anderen Markt wie vorerwahnt notiert oder gehandelt werden, die Kurse entsprechend den Regelungen in (c) oder (d) den tatsächlichen Marktwert der entsprechenden Vermögenswerte nicht angemessen widerspiegeln, wird der Wert solcher Vermögenswerte auf der Grundlage des vernunftigerweise vorhersehbaren Verkaufspreises nach einer vorsichtigen Einschätzung ermittelt.
- f. Der Liquidationswert von Futures, Forwards oder Optionen, die nicht an Börsen oder anderen organisierten Märkten gehandelt werden, entspricht dem jeweiligen Nettoliquidationswert, wie er gemäß den Richtlinien des Verwaltungsrates auf einer konsistent für alle verschiedenen Arten von Verträgen angewandten Grundlage festgestellt wird. Der Liquidationswert von Futures, Forwards oder Optionen, welche an Börsen oder anderen organisierten Märkten gehandelt werden, wird auf der Grundlage der letzten verfügbaren Abwicklungspreise solcher Verträge an den Börsen oder organisierten Märkten, auf welchen diese Futures, Forwards oder Optionen vom Fonds gehandelt werden, berechnet; sofern ein Future, ein Forward oder eine Option an einem Tag, für welchen der Nettovermögenswert bestimmt wird, nicht liquidiert werden kann, wird die Bewertungsgrundlage für einen solchen Vertrag vom Verwaltungsrat in angemessener und vernunftiger Weise bestimmt. Swaps werden zu ihrem, unter Bezug auf die anwendbare Zinsentwicklung, bestimmten Marktwert bewertet.
- g. Der Wert von Geldmarktinstrumenten, die nicht an einer Börse notiert oder auf einem anderen Geregelten Markt gehandelt werden und eine Restlaufzeit von weniger als zwölf Monaten und mehr als neunzig Tagen aufweisen, entspricht dem jeweiligen Nennwert zuzüglich hierauf aufgelaufener Zinsen.

Geldmarktinstrumente mit einer Restlaufzeit von höchstens neunzig Tagen werden auf der Grundlage der Amortisierungskosten, wodurch dem ungefähren Marktwert entsprochen wird, ermittelt.

- h. Sämtliche sonstigen Wertpapiere oder sonstigen Vermögenswerte werden zu ihrem angemessenen Marktwert bewertet, wie dieser nach Treu und Glauben und entsprechend dem der Gesellschaft auszustellenden Verfahren zu bestimmen ist.

Alle auf eine andere Währung als die Teilfondswährung lautenden Vermögenswerte werden zum letzten verfügbaren Devisenmittelkurs in die Teilfondswährung umgerechnet.

Das Nettofondsvermögen wird in den Finanzberichten sowohl einzeln als auch konsolidiert dargestellt werden. Die Konsolidierung erfolgt in EUR. Ein Ertragsausgleich kann für jeden Teilfonds errechnet werden.

Falls außergewöhnliche Umstände eintreten, welche die Bewertung gemäß den oben aufgeführten Kriterien unmöglich oder unsachgerecht machen, ist die Gesellschaft ermächtigt, andere von ihr nach Treu und Glauben festgelegte, allgemein anerkannte und von Wirtschaftsprüfern nachprüfbar bewertungsregeln zu befolgen, um eine sachgerechte Bewertung des Teilfondsvermögens zu erreichen.

Die Gesellschaft kann bei umfangreichen Rücknahmeanträgen, die nicht aus den liquiden Mitteln und zulässigen Kreditaufnahmen des Teilfonds befriedigt werden können, den Inventarwert bestimmen, indem sie dabei die Kurse des Bewertungstages zugrunde legt, an dem sie für den Teilfonds die Wertpapiere verkaufte, die je nach Lage verkauft werden mussten. In diesem Falle wird für gleichzeitig eingereichte Zeichnungs- und Rücknahmeanträge dieselbe Berechnungsweise angewandt.

11. Rücknahme und Umtausch von Anteilen

Die Anteilinhaber sind berechtigt, jederzeit über eine der Zahlstellen, die Depotbank oder die Gesellschaft die Rücknahme ihrer Anteile zu verlangen.

Vollständige Rücknahmeanträge, die bis 16:00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Bewertungstag bei einer der Zahlstellen, der Depotbank oder der Gesellschaft eingegangen sind, werden auf der Grundlage des Anteilwertes des darauf folgenden Bewertungstages abgerechnet. Vollständige Anträge, die nach 16:00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Bewertungstag eingehen, gelten erst an dem darauf folgenden Bewertungstag als ordnungsgemäß eingegangen. Der Anteilwert ist somit in jedem Fall dem Anteilrückgeber unbekannt.

Die Zahlung des Rücknahmepreises erfolgt innerhalb von drei Bankarbeitstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag. Eventuell ausgegebene Anteilzertifikate müssen vor Auszahlung des Rücknahmepreises zurückgegeben werden. Die Gesellschaft ist berechtigt, erhebliche Rücknahmen erst zu tätigen, nachdem entsprechende Vermögenswerte des Teilfonds ohne Verzögerung verkauft wurden.

In diesem Fall erfolgt die Rücknahme gemäß den Bestimmungen des letzten Absatzes von dem Abschnitt „10. Berechnung des Inventarwertes“ zum dann geltenden Inventarwert. Der Rücknahmepreis wird in der Teilfondswährung vergütet. Die Gesellschaft achtet darauf, dass das Vermögen des Teilfonds ausreichende flüssige Mittel umfasst, damit eine Rücknahme von Anteilen auf Antrag von Anteilinhabern unter normalen Umständen unverzüglich erfolgen kann.

Anleger, die ihre Anteile zum Rückkauf angeboten haben, werden von einer Einstellung der Inventarwertberechnung gemäß dem Abschnitt „14. Einstellung der Ausgabe, Rücknahme und Umtausch von Anteilen und der Berechnung der Inventarwerte“ umgehend benachrichtigt und nach Wiederaufnahme der Inventarwertberechnung prompt davon in Kenntnis gesetzt.

Die Depotbank ist nur soweit zur Zahlung verpflichtet, wenn keine gesetzlichen Bestimmungen, z.B. devisenrechtliche Vorschriften, oder andere von der Depotbank nicht beeinflussbare Umstände die Überweisung des Rücknahmepreises in das Land des Antragstellers verbieten.

Der Anteilinhaber kann Anteile eines Teilfonds bei der Gesellschaft, bei der Depotbank sowie bei allen Zahlstellen in Anteile eines anderen Teilfonds umtauschen. Der Umtausch erfolgt auf der Grundlage der Inventarwerte der

jeweiligen Teilfonds, welche am nächsten Bewertungstag nach Eingang des Umtauschantrages errechnet werden. Umtauschanträge, die bis 16:00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Bewertungstag bei einer der Zahlstellen, der Depotbank oder der Gesellschaft eingegangen sind, werden auf der Grundlage des Anteilswertes dieses Bewertungstages abgerechnet. Anträge, die nach 16:00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Bewertungstag eingehen, gelten erst an dem darauf folgenden Bewertungstag als ordnungsgemäß eingegangen. Es kann hierbei eine Umtauschgebühr von maximal 2 % auf den im neuen Teilfonds anzulegenden Betrag zugunsten der Vertriebsstelle erhoben werden.

Die Umtauschprovision muss jedoch mindestens 0,5 Prozentpunkte unter dem Wert der maximal angegebenen Verkaufsprovision des betreffenden Teilfonds liegen, in den der Anteilinhaber seine bereits bestehenden Teilfondsanteile ganz oder teilweise umtauschen möchte. Der sich aus einem Umtausch gegebenenfalls ergebende Restbetrag wird, sofern erforderlich in Euro umgerechnet und an die Anteilinhaber ausbezahlt.

12. Market Timing

Unter Market Timing versteht man die Methode der Arbitrage, bei welcher der Anleger systematisch Anteile eines OGA innerhalb einer kurzen Zeitspanne unter Ausnutzung der Zeitverschiebungen und/oder der Unvollkommenheiten oder Schwächen des Bewertungssystems des Nettovermögenswertes des OGA zeichnet und zurücknimmt oder umtauscht.

Die Gesellschaft erlaubt keine Praktiken, die mit Market Timing verbunden sind, da diese die Wertentwicklung des Teilfonds durch einen Kostenanstieg verringern und/oder eine Verwässerung des Gewinns nach sich ziehen können. Die Gesellschaft behält sich das Recht vor, Zeichnungs- oder Umtauschanträge zurückzuweisen, die von einem Anleger stammen, der verdächtig ist solche Praktiken zu verwenden und gegebenenfalls die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die anderen Anleger des Teilfonds zu schützen.

13. Anti Money Laundering

Gemäß den internationalen Regelungen, den Luxemburger Gesetzen und Verordnungen (unter anderem, aber nicht ausschließlich, dem Gesetz vom 12. November 2004 über die Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, in seiner geänderten Fassung) sowie den Rundschreiben der zuständigen Aufsichtsbehörde müssen alle Finanzdienstleister vorbeugend dafür Sorge tragen, dass OGA nicht zu Zwecken der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung missbraucht werden. Infolge solcher Regelungen muss prinzipiell die Register- und Transferstelle eines Luxemburger OGA die Identität jedes Antragstellers feststellen. Auf jeden Fall kann die Register- und Transferstelle, um fortlaufend anwendbaren rechtlichen und vertraglichen Anforderungen nachzukommen, jederzeit die Vorlage zusätzlicher Dokumente verlangen.

Antragsteller, die Anteile des Fonds zeichnen möchten, müssen der Register- und Transferstelle alle notwendigen Informationen zur Verfügung stellen, die diese vernünftigerweise zur Überprüfung der Identität des Antragstellers verlangen kann.

Bei Antragstellern, die Anträge im Namen Dritter stellen, ist die Register und Transferstelle außerdem verpflichtet, die Identität des oder der wirtschaftlichen Eigentümer(s) zu überprüfen. Darüber hinaus verpflichtet sich jeder Antragsteller dazu, die Register- und Transferstelle vor jeglicher Änderung der Identität eines solchen wirtschaftlichen Eigentümers zu unterrichten.

Sollte ein Antragsteller der Register- und Transferstelle die verlangten Dokumente verspätet oder überhaupt nicht vorlegen, wird der Zeichnungsantrag abgelehnt oder bei Rücknahmeanträgen die Auszahlung verzögert. In den vorgenannten Fällen haften weder der OGA noch die Register- und Transferstelle für die verspätete Abwicklung oder den Ausfall des Geschäfts.

Die Erfassung von Informationen, die dem Fonds in diesem Zusammenhang übergeben werden, erfolgt ausschließlich zur Einhaltung der Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

14. Einstellung der Ausgabe, Rücknahme und Umtausch von Anteilen und der Berechnung der Inventarwerte

Die Gesellschaft ist ermächtigt, die Berechnung der Inventarwerte der Teilfonds sowie Ausgabe, Rücknahme und Umtausch von Anteilen eines oder mehrerer Teilfonds zeitweilig einzustellen:

- a) während der Zeit, in welcher eine Wertpapierbörse oder ein anderer geregelter Markt, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, wo ein wesentlicher Teil der Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds notiert ist oder gehandelt wird, geschlossen ist (außer an gewöhnlichen Wochenenden oder Feiertagen) oder der Handel an dieser Wertpapierbörse bzw. diesem Markt ausgesetzt oder eingeschränkt wurde;
- b) in Notlagen, wenn die Gesellschaft über Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds nicht verfügen kann, oder es für dieselbe unmöglich ist, den Gegenwert der Anlagekäufe oder -verkäufe frei zu transferieren, oder die Berechnung des Inventarwertes ordnungsgemäß durchzuführen;
- c) wenn aufgrund des beschränkten Anlagehorizonts eines Teilfonds die Verfügbarkeit erwerbbarer Vermögenswerte am Markt oder die Veräußerungsmöglichkeit von Vermögensgegenständen des Teilfonds eingeschränkt ist.

Anleger, die ihre Anteile zum Rückkauf angeboten haben, werden von einer Einstellung der Anteilwertberechnung umgehend benachrichtigt und nach Wiederaufnahme der Anteilwertberechnung unverzüglich davon in Kenntnis gesetzt.

15. Aufwendungen und Kosten

Neben den im Besonderen Teil des Verkaufsprospektes festgelegten Kosten trägt der Teilfonds folgende nachstehend aufgeführte im Zusammenhang mit der Verwaltung des Teilfonds anfallende Aufwendungen:

- a) die Vergütung der Verwaltungsgesellschaft. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, zu Lasten des Teilfondsvermögens das im Besonderen Teil des Verkaufsprospektes festgelegte Entgelt zu erhalten. Aus dem hier erhaltenen Entgelt zahlt die Verwaltungsgesellschaft ebenfalls die Entschädigung bezüglich einer Anlageberatung;
- b) die Vergütung der Depotbank, sowie deren Bearbeitungsgebühren und verauslagte Fremdspesen. Die Depotbank entnimmt den gesperrten Konten nur nach Zustimmung der Gesellschaft, die ihr gemäß dem Besonderen Teil des Verkaufsprospektes zustehende Vergütung. Die Höhe der Bearbeitungsgebühren und Fremdspesen sind ebenfalls im Besonderen Teil des Verkaufsprospektes geregelt;
- c) die Kosten für die Einlösung der Ertragscheine;
- d) die Kosten für die Veröffentlichung der Ausgabe- und Rücknahmepreise, der Ausschüttungen sowie sonstiger für den Anteilinhaber wichtige Informationen;
- e) die Druckkosten für die Anteilzertifikate;
- f) die Kosten für den Druck, die Veröffentlichung und den Versand der Berichte und Verkaufsprospekte einschließlich der Satzung;
- g) die Honorare und Kosten des Wirtschaftsprüfers;
- h) die Kosten für die Rechtsberatung, die der Gesellschaft oder der Depotbank entstehen, wenn sie im Interesse der Anteilinhaber handeln;
- i) die Kosten einer etwaigen Börsennotierung oder -registrierung und/oder einer Vertriebszulassung im In- und Ausland;

- j) alle Steuern und Abgaben, die auf das Teilfondsvermögen, deren Einkommen und die Auslagen zu Lasten des Teilfonds erhoben werden;
- k) die Auslagen und mögliche Vergütungen für ausländische Repräsentanten;
- l) Kosten der Erstellung, Änderung sowie der Hinterlegung und Veröffentlichung des Verkaufsprospektes und der Satzung sowie anderer Dokumente, wie z.B. die KIIDs, die die entsprechenden Teilfonds betreffen, einschließlich Kosten der Anmeldungen zur Registrierung oder der schriftlichen Erläuterungen bei sämtlichen Registrierungsbehörden und Börsen (einschließlich örtlicher Wertpapierhändlervereinigungen), welche im Zusammenhang mit den Teilfonds oder dem Anbieten seiner Anteile vorgenommen werden müssen;
- m) Druck- und Vertriebskosten der Jahres- und Halbjahresberichte für die Anteilinhaber in allen notwendigen Sprachen, sowie Druck- und Vertriebskosten von sämtlichen weiteren Berichten und Dokumenten, welche gemäß den anwendbaren Gesetzen und Verordnungen der genannten Behörden notwendig sind;
- n) Kosten der für die Anteilinhaber bestimmten Veröffentlichungen;
- o) Einen angemessenen Anteil an Kosten für Werbung, Marketingunterstützung, Umsetzung der Marketingstrategie sowie sonstige Marketingmaßnahmen und solche, welche direkt im Zusammenhang mit dem Anbieten und Verkauf von Anteilen anfallen, können dem Fondsvermögen belastet werden;
- p) Kosten für eine evtl. Bonitätsbeurteilung des Fonds durch national und international anerkannte Rating-Agenturen sowie evtl. Mitgliedschaften des Fonds in Interessenverbänden (z.B. ALFI) belastet werden;
- q) alle im Zusammenhang mit der Gründung der Gesellschaft sowie mit der Auflage aller Teilfonds anfallenden Kosten, einschließlich Notarkosten, etc.;
- r) Erwirbt der Teilfonds Anteile anderer OGAW und/oder sonstiger OGA, die unmittelbar oder mittelbar von derselben Gesellschaft oder einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Gesellschaft durch eine gemeinsame Verwaltung oder Beherrschung oder durch eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist, so kann es zu einer Erhebung einer Verwaltungsvergütung auch auf der Ebene dieser Zielfonds kommen. Die im Zusammenhang mit diesem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen anfallenden Kosten mit Ausnahme von Ausgabeaufschlägen und Rücknahmeabschlägen bei Anteilen von Fonds gehen zu Lasten des Teilfonds. Diese Beschränkung ist ebenfalls in den Fällen anwendbar, in denen der Teilfonds Anteile (Aktien) einer Investmentgesellschaft erwirbt, mit der er im Sinne des vorhergehenden ersten vorhergehenden Satzes verbunden ist. Ausgenommen sind Kosten für Werbung und andere Kosten, welche direkt im Zusammenhang mit dem Anbieten bzw. dem Verkauf der Anteile anfallen. Bei den Zielfonds können den Anteilhabern des Teilfonds mittelbar oder unmittelbar Gebühren, Kosten, Steuern, Provisionen und sonstige Aufwendungen belastet werden. Insofern kann eine Mehrfachbelastung mit Gebühren eintreten. Die genannten Kosten werden in den Jahresberichten aufgeführt;
- s) sonstige Kosten für die Gesellschaftsadministration einschließlich der Kosten von Interessenverbänden, Repräsentanten und anderer Beauftragter der Gesellschaft;
- t) Kosten im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung von Generalversammlungen und Verwaltungsratssitzungen.

Alle Kosten und Entgelte werden zuerst dem laufenden Einkommen angerechnet, dann den Kapitalgewinnen und erst dann dem Teilfondsvermögen.

Die mit dem Erwerb oder der Veräußerung von Vermögenswerten verbundenen Kosten (Spesen für Transaktionen in Wertpapieren sowie sonstigen Vermögenswerten und Rechten des Teilfonds) werden in den Einstandspreis eingerechnet bzw. beim Verkaufserlös abgezogen.

Kosten, die sich auf das gesamte Fondsvermögen beziehen, werden den einzelnen Teilfonds im Verhältnis ihres Netto-Fondsvermögens anteilig berechnet. Die einzelnen Teilfonds haften lediglich für die durch sie verursachten Kosten und Aufwendungen.

Die Gründungskosten werden zunächst von der Verwaltungsgesellschaft getragen und dann innerhalb des ersten Rumpfgeschäftsjahres dem Teilfondsvermögen durch die Verwaltungsgesellschaft in Rechnung gestellt.

Die Verwaltungsgesellschaft, noch ihre Beauftragten sind berechtigt, Barzahlungen oder sonstige Nachlässe von einer Gesellschaft (vertreten durch Makler oder Händler) als Gegenleistung für die Durchführung von Transaktionen mit Vermögenswerten eines Fonds durch die Gesellschaft (vertreten durch Makler oder Händler) für sich einzubehalten; ausgenommen sind Waren und Dienstleistungen („Soft Commission“), wenn:

- (a) der Makler oder Händler sich verpflichtet hat, die Transaktion zu bestmöglichen Konditionen auszuführen, und die Händlergebühren die üblichen Gebühren einer institutionellen Full-Service-Brokerage nicht übersteigen;
- (b) die vertragsmäßig gelieferten Waren bzw. erbrachten Dienstleistungen der Bereitstellung von Anlagedienstleistungen für den Fonds dienen; und
- (c) eine Offenlegung in den Jahres- und Halbjahresberichten in Form einer Erklärung erfolgt, die die Praxis der Portfolio-Managers oder Anlageberaters hinsichtlich „Soft Commissions“ erklärt und eine Beschreibung der erhaltenen Waren und Dienstleistungen enthält.

16. Rechnungsjahr und Revision

Unbeschadet einer anderweitigen Regelung im Besonderen Teil des Verkaufsprospektes eines entsprechenden Teilfonds, endet das Rechnungsjahr der Gesellschaft sowie der Teilfonds jährlich am 31. Januar. Die Gesellschaft wird durch eine unabhängige zugelassene Wirtschaftsprüfungsgesellschaft kontrolliert, die von der Gesellschafterversammlung zu ernennen ist.

17. Ertragsverwendung

Die Ertragsverwendung (Thesaurierung/Ausschüttung) wird im Besonderen Teil des Verkaufsprospektes bezüglich des betreffenden Teilfonds definiert.

Unbeschadet einer anderweitigen Regelung im Besonderen Teil des Verkaufsprospektes bezüglich eines entsprechenden Teilfonds kann der Verwaltungsrat beschließen, unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen jedes Jahr den überwiegenden Teil der ordentlichen Nettoerträge auszuschütten und diese sobald als möglich nach Abschluss der Jahresrechnung des Teilfonds auszuzahlen.

Als ordentliche Nettoerträge des Teilfonds gelten vereinnahmte Zinsen und Dividenden, abzüglich der Aufwendungen und Kosten des Teilfonds gemäß dem Abschnitt „15. Aufwendungen und Kosten“ unter Ausschluss der realisierten Kapitalgewinne und Kapitalverluste, der nicht realisierten Wertsteigerungen und Wertminderungen sowie des Erlöses aus dem Verkauf von Subskriptionsrechten und aller sonstigen Einkünfte nicht wiederkehrender Art.

Unbeschadet der vorstehenden Regelung kann der Verwaltungsrat beschließen, von Zeit zu Zeit die realisierten Kapitalgewinne abzüglich realisierter Kapitalverluste und ausgewiesener Wertminderungen, sofern diese nicht durch ausgewiesene Wertsteigerungen ausgeglichen sind, ganz oder teilweise in bar auszuschütten.

Eine Ausschüttung erfolgt einheitlich auf alle Anteile, die einen Tag vor Zahlung der Ausschüttungsbeträge im Umlauf waren.

Ausschüttungsbeträge, die binnen fünf Jahren ab Datum der veröffentlichten Ausschüttungserklärung nicht geltend gemacht werden, verfallen und gehen an den Teilfonds zurück.

18. Änderungen

Der Verwaltungsrat kann den Verkaufsprospekt jederzeit ganz oder teilweise ändern. Jegliche Änderungen der Satzung können gemäß den Bestimmungen der Satzung durch die Gesellschafterversammlung entschieden werden und werden im Mémorial veröffentlicht.

19. Veröffentlichungen und allgemeine Informationen

Der Ausgabepreis und der Rücknahmepreis des Teilfonds sind am Sitz der Gesellschaft sowie bei allen Zahlstellen verfügbar und werden jeweils in einem Medium eines jeden Landes veröffentlicht, in dem die Anteile öffentlich vertrieben werden. Der Inventarwert des Teilfonds kann am Sitz der Gesellschaft sowie bei allen Zahlstellen angefragt werden.

Nach Abschluss jedes Rechnungsjahres wird die Gesellschaft den Anteilhabern einen geprüften Jahresbericht zur Verfügung stellen, der Auskunft gibt über die Teilfondsvermögen, dessen Verwaltung und die erzielten Resultate. Nach Ende der ersten Hälfte jedes Rechnungsjahres stellt die Gesellschaft den Anteilhabern einen ungeprüften Halbjahresbericht zur Verfügung, der Auskunft über das Teilfondsvermögen und dessen Verwaltung während des entsprechenden Halbjahres gibt. Der Jahresbericht und alle Halbjahresberichte des Teilfonds sind für die Anteilhaber am Sitz der Gesellschaft, der Depotbank und jeder Zahlstelle erhältlich.

Alle wichtigen Informationen für die Anteilhaber (z.B. Ausschüttungsanzeigen) werden in mindestens einer Tageszeitung eines jeden Landes veröffentlicht, in dem die Anteile öffentlich vertrieben werden. Die erwähnten Verträge sowie der derzeit gültige Text der Satzung liegen zur Einsicht am Sitz der Gesellschaft sowie bei allen Zahlstellen aus.

Der deutsche Wortlaut des Verkaufsprospektes, der Satzung sowie der sonstigen Unterlagen und Veröffentlichungen ist maßgebend.

Folgende Dokumente können am Sitz der Gesellschaft sowie bei allen Zahlstellen während der normalen Bürozeiten eingesehen bzw. kostenlos angefordert werden:

- a) die Satzung der Gesellschaft
- b) die im Verkaufsprospekt benannten Verträge
- c) der Verkaufsprospekt
- d) das jeweilige KIID des Teilfonds; und
- e) die Jahresberichte und Halbjahresberichte des Fonds.

20. Zusätzliche aufsichtsrechtliche Anforderungen

Interessenskonflikte, Beschwerdemanagement, Best Execution, Stimmrechte

Angaben zu Maßnahmen gegen Interessenskonflikte, zum Beschwerdemanagement, zur Best Execution Policy der Verwaltungsgesellschaft sowie zu den Stimmrechten werden auf Wunsch den Anlegern zur Verfügung gestellt.

21. a) Dauer und Auflösung der Gesellschaft, b) Dauer und Auflösung der Teilfonds und c) Verschmelzungen

a) Dauer und Auflösung der Gesellschaft

Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Zeit errichtet; sie kann jedoch jederzeit durch Beschluss der Gesellschafterversammlung aufgelöst werden. Wenn ein Tatbestand eintritt, der eine gesetzliche Liquidation erforderlich macht, wird dies entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von der Gesellschaft im Mémorial und mindestens zwei Tageszeitungen, welche eine angemessene Auflage erreichen, veröffentlicht. Eine dieser Tageszeitungen muss in Luxemburg erscheinen.

Wenn ein Tatbestand eintritt, der zur Liquidation der Gesellschaft führt, werden die Ausgabe und der Rückkauf von Anteilen eingestellt. Die Depotbank wird den Liquidationserlös abzüglich der Liquidationskosten und Honorare auf Anweisung der Gesellschaft oder gegebenenfalls der von derselben oder von der Depotbank im Einvernehmen mit

der Aufsichtsbehörde ernannten Liquidatoren unter die Anteilhaber der Gesellschaft nach deren Anspruch verteilen.

Liquidationserlöse, die nicht bis zum Abschluss des Liquidationsverfahrens von Anteilhabern eingezogen wurden, werden, soweit dann gesetzlich notwendig, in EUR umgewandelt von der Depotbank für Rechnung der berechtigten Anteilhaber bei der *Caisse de Consignation* in Luxemburg hinterlegt, wo diese Beträge verfallen, wenn sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist dort angefordert werden.

b) Dauer und Auflösung der Teilfonds

Die Gründung von Teilfonds wird vom Verwaltungsrat beschlossen. Der Verwaltungsrat kann beschließen, falls wesentliche politische oder wirtschaftliche Veränderungen nach Ermessen des Verwaltungsrates diese Entscheidung notwendig machen, das Vermögen eines Teilfonds aufzulösen und den Anteilhabern den Nettoinventarwert ihrer Anteile an dem Bewertungstag, an welchem die Entscheidung wirksam wird, auszuzahlen. Ferner kann der Verwaltungsrat die Annullierung der an einem solchen Teilfonds ausgegebenen Anteile und die Zuteilung von Anteilen an einem anderen Teilfonds, vorbehaltlich der Billigung durch die Gesellschafterversammlung der Anteilhaber dieses anderen Teilfonds erklären, vorausgesetzt, dass während der Zeit von einem Monat nach Veröffentlichung gemäß nachfolgender Bestimmung die Anteilhaber der entsprechenden Teilfonds das Recht haben werden, die Rücknahme oder den Umtausch aller oder eines Teils ihrer Anteile zu dem anwendbaren Nettoinventarwert ohne Kostenbelastung zu verlangen.

c) Verschmelzungen

Der Verwaltungsrat kann nach vorheriger Zustimmung der CSSF gemäß den im Gesetz vom 17. Dezember 2010 benannten Bedingungen und Verfahren beschließen, zwei oder mehrere Teilfonds der Gesellschaft miteinander oder die Gesellschaft oder ggfs. einen Teilfonds der Gesellschaft mit einem anderen OGAW bzw. einem Teilfonds dieses OGAWs, zu verschmelzen, wobei dieser andere OGAW sowohl in Luxemburg als auch in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassen sein kann.

Der Verschmelzungsbeschluss wird in einer vom Verwaltungsrat bestimmten Zeitung jener Länder, in denen die Anteile der Gesellschaft bzw. des oder der Teilfonds vertrieben werden, veröffentlicht.

Die betroffenen Anteilhaber haben stets während 30 Tagen das Recht, ohne Kosten, die Rücknahme ihrer Anteile zum Anteilwert oder, sofern im Einzelfall einschlägig, den Umtausch ihrer Anteile in Anteile eines anderen Fonds mit ähnlicher Anlagepolitik, der von derselben Verwaltungsgesellschaft oder einer anderen Gesellschaft verwaltet wird, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine gemeinsame Verwaltung oder Kontrolle oder durch eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist, zu verlangen. Die Anteile der Anteilhaber, welche die Rücknahme oder den Umtausch ihrer Anteile nicht verlangt haben, werden auf der Grundlage der Anteilwerte an dem Tag des Inkrafttretens der Verschmelzung durch Anteile des übernehmenden OGAW bzw. Teilfonds desselben ersetzt. Gegebenenfalls erhalten die Anteilhaber einen Spitzenausgleich.

Eine Verschmelzung der Gesellschaft oder eines Teilfonds mit einem Luxemburger oder ausländischen OGA bzw. einem Teilfonds dieses OGA, der kein OGAW ist, ist nicht möglich.

22. Verjährung

Forderungen der Anteilhaber gegen die Gesellschaft oder die Depotbank können nach Ablauf von fünf Jahren nach Entstehung des Anspruchs nicht mehr gerichtlich geltend gemacht werden; ausgenommen bleibt die in dem Abschnitt „21. a) Dauer und Auflösung der Gesellschaft“ enthaltene Regelung.

23. Anwendbares Recht, Gerichtsstand und Vertragssprache

Jeder Rechtsstreit zwischen Anteilhabern, der Gesellschaft und der Depotbank unterliegt der Gerichtsbarkeit des zuständigen Gerichts im Gerichtsbezirk Luxemburg, im Großherzogtum Luxemburg.

Die Gesellschaft und die Depotbank sind berechtigt, sich selbst sowie den Teilfonds der Gerichtsbarkeit und dem Recht eines jeden Landes zu unterwerfen, in dem Anteile öffentlich vertrieben werden, soweit es sich um Ansprüche der Anleger handelt, die in dem betreffenden Land ihren (Wohn-)Sitz haben, und Angelegenheiten betreffen, die sich auf Zeichnung und Rücknahme von Anteilen durch diese Anleger beziehen.

Die deutsche Fassung der Satzung ist verbindlich. Die Gesellschaft kann im Hinblick auf Anteile, die an Anleger in dem jeweiligen Land verkauft wurden, für sich selbst und für den Fonds Übersetzungen der Satzung in Sprachen solcher Länder als verbindlich erklären, in welchen Anteile öffentlich vertrieben werden.

24. Gesellschafterversammlungen

Gesellschafterversammlungen werden grundsätzlich am dritten Mittwoch im Juni um 10:30 Uhr abgehalten. Sofern am Tag der Versammlung ein Bankfeiertag sein sollte, findet die Gesellschafterversammlung am darauf folgenden Bankarbeitstag statt.

Einladungen zu Gesellschafterversammlungen werden im Mémorial und in einer luxemburgischen Tageszeitung, sowie in Zeitungen, welche der Verwaltungsrat für zweckmäßig hält, in jedem Vertriebsland veröffentlicht.

25. Investorenrechte

Die Verwaltungsgesellschaft weist die Investoren auf die Tatsache hin, dass jeglicher Investor seine Investorenrechte in ihrer Gesamtheit unmittelbar gegen den OGA(W) nur dann geltend machen kann, insbesondere das Recht an Aktionärsversammlungen teilzunehmen, wenn der Investor selber und mit seinem eigenen Namen in dem Aktionärsregister des OGA(W) eingeschrieben ist. In den Fällen, wo ein Investor über eine Zwischenstelle in einen OGA(W) investiert hat, welche die Investition in seinem Namen aber im Auftrag des Investors unternimmt, können nicht unbedingt alle Investorenrechte unmittelbar durch den Investor gegen den OGA(W) geltend gemacht werden. Investoren wird geraten, sich über ihre Rechte zu informieren.

BESONDERER TEIL DES VERKAUFSPROSPEKTES zu der Gesellschaft SUNARES

Ergänzend bzw. abweichend zu dem Allgemeinen Teil im Verkaufsprospekt gelten die nachfolgenden Bestimmungen:

SUNARES – Sustainable Natural Resources:

Anlagepolitik

Das Vermögen des Teilfonds wird überwiegend investiert in Aktien, verzinslichen Wertpapieren (fest- und variabelverzinsliche Schuldverschreibungen inkl. Nullkuponanleihen), Wandelschuldverschreibungen, Genuss- und Partizipationsscheinen, Zertifikate sowie sonstige gesetzlich zulässige Vermögenswerte. Auf eine Investition des Teilfondsvermögens in Derivate jedweder Art wird verzichtet.

Es wird angestrebt Aktien von Unternehmen mit Bezug zu den Elementen Erde und Wasser zu erwerben (Yin-Prinzip). Branchenschwerpunkte sind hier insbesondere Wasser-, Agrar- und Forstwirtschaft, Nahrungsmittel, Energie, Alternative Energien, Rohstoffe und Edelmetalle.

Für das Teilfondsvermögen dürfen Anteile anderer OGAW und anderer OGA nur in Höhe von insgesamt 10 % des Nettovermögens des Teilfonds erworben werden.

Profil des Anlegerkreises

Der Teilfonds ist geeignet für den langfristigen Anleger, der innovativ und international anlegen möchte und hierbei ein attraktives Wachstum, bzw. Erträge anstrebt.

Risikoprofil des Teilfonds

Der Anleger ist bereit für die langfristige Chance auf ein attraktives Ertragspotenzial ein mittleres bis hohes Risiko mit Kursausschlägen zu tolerieren

Grundsätzlich kann keine Zusicherung gegeben werden, dass die Ziele der Anlagepolitik erreicht werden.

Die Preise der Teilfondsanteile sowie die Erträge schwanken, sodass es sein kann, dass der Investor sein ursprünglich investiertes Geld nicht zurückbekommt.

Die einzelnen Risikofaktoren sind im Allgemeinen Teil dieses Verkaufsprospektes unter Abschnitt 4. „Anlagepolitik und Anlagegrenzen“, Punkt B. „Risikohinweise und -faktoren“, Punkt 2. „Risikofaktoren“ definiert.

Im Rahmen des Risikomanagementverfahrens wird das Gesamtrisiko des Teilfonds durch ein absolutes Value-at-Risk-Modell gemessen und kontrolliert. Die konkrete Berechnung des Value-at-Risk des Teilfonds erfolgt auf Basis eines einseitigen Konfidenzintervalls (Wahrscheinlichkeit) von 99 % sowie einer Haltedauer von 20 Werktagen (1 Monat).

Der Fonds muss garantieren, dass das Gesamtrisiko, berechnet nach dem absoluten VaR-Ansatz, 20 % des gesamten Nettofondsvermögens nicht überschreitet.

Die Preise der Teilfondsanteile sowie die Erträge schwanken, sodass es sein kann, dass der Investor sein ursprünglich investiertes Geld nicht zurückbekommt.

Ertragsverwendung

Der Teilfonds ist ausschüttend. Die während eines Geschäftsjahres anfallenden Erträge und Veräußerungsgewinne werden einmal jährlich ausgeschüttet.

Aufwendungen und Kosten des Fonds

1. Aus dem Teilfondsvermögen erhält die Verwaltungsgesellschaft eine Vergütung von max. 1,85 % p.a. die monatlich nachträglich auf das durchschnittliche Netto-Teilfondsvermögen eines jeden Monats zu berechnen und auszuzahlen ist.
2. Die Gebühr für den Portfoliomanager ist in der Gebühr für die Verwaltungsgesellschaft enthalten und wird dem Fonds nicht gesondert in Rechnung gestellt.
2. Die Depotbank hat gegen das Fondsvermögen Anspruch auf die mit der Verwaltungsgesellschaft vereinbarten Honorare, welche folgende Höchstgrenzen nicht überschreiten dürfen:
 - eine Vergütung für die Wahrnehmung der Depotbankaufgaben und die Verwahrung des Fondsvermögens in Höhe von max. 0,10 % p.a. die monatlich nachträglich auf das durchschnittliche Netto-Fondsvermögen eines jeden Monats zu berechnen und auszuzahlen ist, zuzüglich einer etwaigen gesetzlichen Mehrwertsteuer;
 - eine Bearbeitungsgebühr für Transaktionen für Rechnung des Fonds;
 - Ersatz der von ihr verauslagten Fremdspesen und darf für außergewöhnliche Dienstleistungen, die bei normalem Geschäftsablauf nicht auftreten, eine Bearbeitungsgebühr in Rechnung stellen;
 - für eventuelle Ausschüttungen eine Provision in Höhe von 0,75 % auf den auszuzahlenden Betrag.

Teilfondswährung, Erstausgabepreis, Ausgabe von Anteilen und Rechnungsjahr

Der Inventarwert (Anteilwert) lautet auf EUR. Während der Einführungsperiode des Teilfonds (14.02.2008 – 03.03.2008) betrug der Ausgabepreis EUR 100,-.

Zeichnungspreis ist der Erstausgabepreis zzgl. einer Verkaufsprovision von max. 5 %.

Die Gesellschaft behält sich vor, ab einem Nettoinventarwertvolumen welches eine sinnvolle wirtschaftliche Verwaltung des Gesellschaftsvermögens im Sinne der Anteilsinhaber nicht mehr möglich erscheinen lässt, die Ausgabe von Anteilen einzustellen.

Das Rechnungsjahr des Teilfonds endet am 31. Januar.

Zusätzliche Informationen für Anleger in der Bundesrepublik Deutschland

Zahl- und Informationsstelle in Deutschland

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG
Königsallee 21/23, D-40212 Düsseldorf
mit allen Geschäftsstellen

Die Entgegennahme des Ausgabepreises für Fondsanteile sowie die Auszahlung des Rücknahmepreises von Fondsanteilen, etwaige Ausschüttungen sowie sonstige Zahlungen an die Anteilinhaber erfolgen über die Zahlstelle.

Bei den oben genannten Stellen können auch der Inventarwert und der Ausgabe- und Rücknahmepreis der Fondsanteile angefragt und Anteile des Fonds erworben und zurückgegeben werden.

Bei diesem Umbrella-Fonds können zusätzlich auch Umtauschanträge für die Anteile bei der deutschen Zahlstelle eingereicht werden.

Bei den oben genannten Stellen sind folgende weitere Unterlagen für die Anteilinhaber kostenlos erhältlich:

- a) Vollständiger Verkaufsprospekt (einschl. Verwaltungs- und Sonderreglement)
- b) KIID
- c) Satzung
- d) Rechenschafts-, Halbjahres- und evtl. Zwischenberichte
- e) Im Verkaufsprospekt genannte Verträge (Depotbank-, und Zahlstellenvertrag, Anlageverwaltungsvertrag)

Die täglichen Ausgabe- und Rücknahmepreise an die Anleger werden in der Bundesrepublik Deutschland in der elektronischen Börsenzeitung veröffentlicht.

Alle Informationen gemäß §298 Abs.2 KAGB erhält der Anleger zusätzlich mittels dauerhafter Datenträger.

Etwaige Mitteilungen an die Anteilinhaber werden in der „Börsenzeitung“ veröffentlicht.

Steuerlich relevante Angaben werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.